Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstr. 14. Fernsprech-Sammel-Nr. 3054. — Rhede: Jos. Heinrichs. — Anholt: W. Wolsing. — Werth: Th. Parras. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniedertöns. — Dingden: Willy Schmitz.

Organ der Zentrumspartei.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Postverlagsort: Bocholt.

Bezugspreise im Monat: Abgeholt von der Geschäftsstelle 1.05, ins Haus gebracht einschl. 25 Pfg. Botenlohn 2.20, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., Kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Text-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand ist für beide Teile Bocholt.

Nummer 94 | Dienstag, den 4. April 1933 | Jahrgang 1933

Die Hintergründe der Welthetze gegen Deutschland.

Das Ausland und die deutsche Innenpolitik.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 3. April. (Drahtb.)

Der Erfolg der Abwehraktion gegen die Greuelpropaganda im Ausland wird in der gesamten Berliner Presse insofern bestätigt, als es gelungen ist, der Greuelhetze einen starken Damm entgegenzusetzen. Die Blätter sind sich auch darüber einig, daß die Boykottbewegung am Mittwoch nicht fortgesetzt zu werden braucht. Wenn auch die Greuelhetze ein Ende gefunden hat, so ist doch nicht zu übersehen, daß die ausländische Presse, besonders die englische, ihre Taktik geändert hat und dazu übergegangen ist, ganz allgemein Kritik an der antijüdischen Politik in Deutschland zu üben. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" läßt sich aus London verschiedene Pressestimmen übermitteln, die diese Tatsache bestätigen. Die „Times" z. B. weisen darauf hin, daß der Antisemitismus schon lange Programmpunkt der nationalsozialistischen Partei sei. Unter diesen Umständen brauchten die Führer der Nationalsozialisten sich nicht darüber zu wundern, wenn Juden in anderen Ländern ihre Drohungen und ihr Programm ernst nähmen. Der konservative „Daily Expreß" gibt den Nationalsozialisten den Rat, daß eine Revolution, wie sie sie durchgeführt hätten, Taten der Großmütigkeit bedürfe. Von besonderer Bedeutung sind die Ausführungen, die von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" selbst zu der Boykottbewegung gemacht werden. Das Blatt schreibt u. a.:

„Den maßgebenden Männern der Reichsregierung kann nicht entgehen, daß die Welthetze gegen Deutschland, wofür ein im „Corriere della Sera" erschienener faschistisch-offiziöser Artikel sehr eindrucksvoll zeugt, außer den antideutschen Leidenschaften jüdischer Auslandskreise auch politische und wirtschaftliche Gründe hat, die mit der Judenfrage wenig zu tun haben. In den Vereinigten Staaten z. B. stehen genau die gleichen Kreise heute gegen Deutschland auf, die in den Kriegsjahren die antideutsche Propaganda geleitet haben. Man kann sogar die gleichen Schlagworte wie damals wieder feststellen, den Versuch, einen Keil zwischen das deutsche Volk und seine Regierung zu treiben, während genau nach dem Muster Wilsons die Hetze sich selbstverständlich gegen Volk und Regierung richtet. Damit erstehen für die Reichsregierung schwere allgemeinpolitische Aufgaben, und dem neuen Propagandaministerium fällt eine in diesem Ausmaß unerwartet große außenpolitische Rolle zu."

Mit welch großen Spannungen die außenpolitische Situation geladen ist, wird aus den Bemühungen ersichtlich, die sich gegen den großzügigen Vorschlag Mussolinis richten. Bekanntlich hat Mussolini ein aus den Staatsmännern Englands, Frankreichs, Italiens und Deutschlands bestehendes Viererdirektorium vorgeschlagen, das kraft seiner überragenden Autorität dazu hätte berufen sein solle, in Europa die so dringend notwendige Ordnung zu schaffen. An dem Widerstand Frankreichs, das auf der Einbeziehung seiner Vasallen, nämlich der Kleinen Entente und Polens, in das Gremium der vier Großmächte besteht, scheint der ganze Plan Mussolinis scheitern zu wollen. Die englische Regierung legt sich weitgehende Zurückhaltung auf, und man kann daraus den Schluß ziehen, daß sie sich schließlich den französischen Wünschen fügen wird. Von dem Plan Mussolinis wird daher voraussichtlich nichts übrig bleiben als ein kaum ansehnliches Plänchen, deren wir in der Nachkriegszeit schon so viele kennen gelernt und deren Nichtwirkung wir seit 14 Jahren erlebt haben. Die Zeit drängt außerordentlich, denn Europa droht unter den Friedensdiktaten zusammenzubrechen. Deutschland kann die Fesseln von Versailles nicht mehr lange Zeit tragen. Verschließen sich die englischen und französischen Staatsmänner der Erkenntnis dieser Tatsachen, so tragen sie die Schuld an dem Unheil, das durch eine Sabotage des Mussolinipaktes heraufbeschworen wird.

*

Die britischen Abänderungsvorschläge zum italienischen Viermächte-Pakt.

WTB London, 3. April.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" erfährt, daß die britische Regierung gegenwärtig wie in Paris so auch in Rom und Berlin ihre Ansichten über den ursprünglich italienischen Entwurf eines Viermächte-Paktes sowie Anregungen zu evtl. Abänderungen mitteilen lasse. Der allgemeine Zweck der britischen Abänderungsvorschläge dürfte sein, den Viermächtepakt in eine engere Beziehung zu dem Völkerbund, der Abrüstungskonferenz und dem Locarno-Vertrag zu bringen. Der Korrespondent erwartet, daß es die Besorgnisse der Kleinen Entente und überhaupt der kleineren Mächte erheblich beschwichtigen werde, wenn sie erfahren würden, daß Beschlüsse, die ihre Sonderinteressen sowohl in der Abrüstungsfrage wie in der Frage der Vertragsrevision berühren könnten, nicht ohne ihre volle Mitwirkung gefaßt werden sollten.

Französische Antwort an Mussolini.

TU Paris, 3. April.

Der französische Kabinettsrat hat am Montag beschlossen, auf die englisch-italienischen Vorschläge zur Zusammenarbeit der europäischen Großmächte mit einer Denkschrift zu antworten, deren Wortlaut wahrscheinlich dem Ministerrat am nächsten Mittwoch vorgelegt werden soll. Dieser Beschluß kam auf Grund des Berichtes des französischen Außenministers über den Stand der Verhandlungen zustande. Paul-Boncour hat insbesondere darauf hingewiesen, daß die französische Regierung nach den vom englischen Botschafter überreichten Erläuterungen nunmehr im Besitze aller Einzelheiten zu den englisch-italienischen Vorschlägen sei. Es steht bereits fest, daß das Kabinett grundsätzlich ein „Direktorium" der vier Mächte annehmen wird. Es wird jedoch bezüglich der Beteiligung Polens und der Kleinen Entente sowie der vorgeschlagenen Revision Vorbehalte machen, die noch sehr langwierige Verhandlungen nach sich ziehen dürften. Entgegen der am Sonntag vom „Echo de Paris" verbreiteten Ansicht, daß sich sowohl die englische wie auch die italienische Regierung bereit erklärt hätten, den Wünschen der Verbündeten Frankreichs weitgehend entgegenzukommen und ihnen so die Türen zum Beitritt zu diesem Abkommen zu öffnen, weist der „Petit Parisien" heute darauf hin, daß Mussolini von seinem ursprünglichen Gedanken eines Vierer-Paktes nicht abgewichen sei.

*

Die Vasallen drohen mit dem Abfall von Frankreich.

CNB London, 3. April.

Der rumänische Außenminister Titulescu setzt von Paris aus mit neuen Indiskretionen seine Sabotagetätigkeit gegen den Viermächtepakt fort. Eine Pariser Meldung des „Daily Telegraph", die deutlich ihren Ursprung erkennen läßt, besagt, der von London nach Paris und Rom gesandte Entwurf des Viermächtevertrages unterscheide sich erheblich von der „unmöglichen Auffassung" Mussolinis. Die britische Regierung scheine anzunehmen, es solle den vier Mächten freistehen, jedes Problem, darunter auch das der Revision der Friedensverträge, zu erörtern. Wenn sie dann ein Einvernehmen über die betreffende Frage erzielt hätten, würden sie andere interessierte Mächte an der Beratung beteiligen und um ihre Zustimmung ersuchen. Falls die Zustimmung verweigert werde, solle die ganze Frage fallen gelassen werden. In den Kreisen der Kleinen Entente erfahre man, daß diese Vorschläge für Prag, Belgrad und Bukarest nicht annehmbar seien, weil die bloße Tatsache eines Einvernehmens der vier Großmächte dazu führen könnte, daß Deutschland sich moralisch berechtigt fühle, durch gewaltsame Mittel zu erlangen, was ihm durch friedliche Mittel nicht erreichbar wäre. Daran schließt sich eine unmißverständliche Drohung des Trabantenblockes: Frankreich, so heißt es in der Meldung, dürfte trotz der persönlichen Neigungen von drei oder vier Ministern kaum das Risiko eines völligen Bruches mit der Kleinen Entente und Polen übernehmen.

Die „gleichgeschalteten" Länderparlamente.

Der neue bayrische Landtag.

TU München, 3. April.

Auf Grund des Gleichschaltungsgesetzes wird sich voraussichtlich folgende Zusammensetzung des neuen bayrischen Landtages ergeben (in Klammern die Ergebnisse der Wahl vom 24. April 1932): NSDAP 48 (43), BVP 30 (45), SPD 18 (20), Bauernbund 3 (9), DNVP 5 (3). Da die Kommunisten, die im bisherigen Landtag 8 Mandate hatten, im neuen Landtag ausscheiden, dürfte dieser aus 104 Mitgliedern gegenüber bisher 128 Abgeordneten bestehen. An der Hand der Listenverbindungen muß noch nachgeprüft werden, ob etwa noch je ein Mandat auf die Deutsche Volkspartei und auf den Christlich-sozialen Volksdienst entfällt.

*

Die Zusammensetzung des württembergischen Landtages.

TU Stuttgart, 3. April.

Nachdem in dem vorläufigen Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich die Verteilungszahl auf 25 000 — nicht 22 000 — festgesetzt worden ist, ergibt sich eine veränderte Zusammensetzung des neuen württembergischen Landtages. Die Errechnung auf Grund des Reichstagswahlergebnisses vom 5. März in Württemberg (ohne Hohenzollern) ergibt nunmehr folgendes Bild: NSDAP 26 (bisher 23), SPD 9 (14), Zentrum 10 (17), Schwarz-Weiß-Rot 3 (3), Chr.-soz. Volksdienst 2 (3), Dtsch.-Dem. Partei 1 (4), Bauern- und Weingärtnerbund 3 (9). Zusammen 54 Sitze. Der bisherige Landtag umfaßte 80 Abgeordnete. Die auf den Wahlvorschlag der Kommunisten entfallenden Sitze werden nicht gezählt. Die DVP geht leer aus. Die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen haben auch bei dieser Berechnung mit 26 + 3 = 29 Sitzen zusammen die Mehrheit bei insgesamt 54 Mandaten.

*

Der badische Landtag.

TU Karlsruhe, 3. April.

Auf Grund des am heutigen Montag in Kraft getretenen Gleichschaltungsgesetzes wird der badische Landtag folgende Sitzverteilung aufweisen (in Klammern die Ergebnisse der Wahl vom Oktober 1929): NSDAP 30 (bisher 9), SPD 8 (18), Zentrum 17 (34), DNVP 2 (3), KPD 6 (5), DVP mit VP — (10), Dtsch. Demokraten — (6), Ev. Volksdienst — (3). Insgesamt 63 statt bisher 88 Abgeordnete. Bei Anwendung der Verbindungsmöglichkeiten zwischen der Deutschen Volkspartei, Wirtschaftspartei, Demokraten und Ev. Volksdienst würden auf diese Parteien 2 Sitze entfallen, sodaß der badische Landtag in diesem Falle 59 Sitze umfassen wird. Kommunisten kommen in Wegfall.

*

Der hessische Landtag.

TU Darmstadt, 3. April.

Nach dem Gleichschaltungsgesetz wird die Mandatsverteilung im hessischen Landtag bei einer angenommenen Zahl von 50 Abgeordneten betragen: NSDAP 25 Sitze (bisher 32), SPD 11 (17), KPD 5 (8), Ztr. 7 (10), Schw.-W.-Rot 1 (1), DVP 1 (1), Landvolk — (1). Das eine Mandat für die Deutsche Volkspartei kommt nur zustande, falls Listenverbindung mit den Christlich-Sozialen und dem Bauernbund erfolgt. Findet keine Listenverbindung statt, fällt dieses Mandat noch an die Nationalsozialisten. Der Landtag zählte bisher 70 Abgeordnete.

*

Der thüringische Landtag.

TU Weimar, 3. April.

Der neue Thüringer Landtag wird nach dem Gleichschaltungsgesetz 59 (bisher 61) Abgeordnete haben. Auf Grund vorläufiger Berechnungen würde sich das Parlament wie folgt zusammensetzen: NSDAP 30 (bisher 26), Schwarz-Weiß-Rot, Thür. Landbündler und 2 Deutschnationale 7 (6), SPD 13 (15).

Die Deutsche Volkspartei und die Staatspartei, die bisher mit je einem Abgeordneten im Landtag vertreten waren, fallen ebenso wie die Kommunisten, die 9 statt bisher 10 Sitze erhalten würden, aus. Die Nationalsozialisten haben somit die absolute Mehrheit.

*

Der sächsische Landtag.

TU Dresden, 3. April.

Auf Grund der Bestimmungen des Gleichschaltungsgesetzes wird sich der sächsische Landtag vorbehaltlich amtlicher Berechnungen folgendermaßen zusammensetzen (in Klammern die Ergebnisse der Waahl vom 22. Juni 1930): NSDAP 38 (13), SPD 22 (32), KPD 14 (13), Schwarz-Weiß-Rot 6 (10), DVp 1 (8), Chri.-Soz. 1 (2), Zentrum 1 (0), Staatspartei 1 (3), VP 0 (8), Volksrechtpartei 0 (2), Volksnationale 0 (2), Dtsch. Sozialisten 0 (2), Parteilose 0 (1). Insgesamt 84 statt bisher 96 Abgeordnete. Da die Kommunisten ausscheiden, wird der neue Landtag 70 Abgeordnete umfassen. Die Nationalsozialisten haben also auch in Sachsen die absolute Mehrheit im Landtag.

*

Die Zusammensetzung der mecklenburgischen Landtage.

TU Berlin, 3. April.

Auf Grund des Gleichschaltungsgesetzes ergibt sich folgende Zusammensetzung der Landtage von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz.

Der neue Landtag in Mecklenburg-Schwerin: NSDAP 24 (bisher 30 Mandate), Schwarz-Weiß-Rot 8 (5) SPD 12 (18), KPD 4 (4), Chr.-Soz. Volksd., Bauern u. Landvolk, Wirtschaftspartei 0 (1), Zentrum, DVP, Staatspartei 0 (1). Die Kommunisten haben im neuen Landtag kein Anrecht auf ihre Mandate, sodaß künftig statt 48 (früher 59) nur 44 Abgeordnete sein werden; mithin haben die Nationalsozialisten die Mehrheit.

Der neue Landtag in Mecklenburg-Strelitz: NSDAP 9 (bisher 9 Mandate), Schwarz-Weiß-Rot 2 (11), SPD 3 (10), KPD 1 (3), Bauern und Landvolk 0 (1), Volkspartei, Zentrum, Staatspartei 0 (1). Auch hier scheiden die Kommunisten aus, sodaß künftig nur 14 statt 15 (bisher 35) Abgeordnete im Mecklenburg-Strelitzer

Keine Auslandsreisen mehr ohne deutsches Visum.

Allgemeiner Sichtvermerkzwang.

((Berlin, 4. April.

Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht die Verordnung über die Einführung des allgemeinen Sichtvermerkzwanges für alle Ausreisen aus dem deutschen Reichsgebiet. Der allgemeine Sichtvermerkszwang ist bereits heute nacht 12 Uhr in Kraft getreten, sodaß jetzt Ausreisen aus Deutschland nur noch bei Vorhandensein des Ausreisesichtvermerks möglich sind. Der Sichtvermerk wird gebührenfrei erteilt von den Sichtvermerkbehörden. Im übrigen bleibt abzuwarten, ob grundsätzlich die Polizeipräsidenten oder ob die Polizeiämter für die Erteilung des Sichtvermerkes zuständig sein sollen. Die Frist, innerhalb deren der Sichtvermerk zum Grenzübertritt benutzt werden darf (Nutzungsfrist) ist festzusetzen a) zur einmaligen Ausreise auf höchstens einen Monat, b) zur beliebig häufigen Ausreise auf höchstens 6 Monate.

*

Flucht ins Ausland bedeutet Rechtsverlust.

:: Berlin, 3. April.

Der Nationalsozialistische Zeitungsdienst meldet: Weite Kreise des deutschen Volkes sind empört darüber, daß gewisse in den letzten 14 Jahren an maßgebender Stelle stehende Männer jetzt die Grenze überschritten haben und von dem in Deutschland verdienten Gelde im Auslande ein gutes Leben führen. Wie wir von gut unterrichteter Seite hören, sind Erwägungen im Gange, daß besonders in den Fällen, wo es sich bei den ins Ausland geflüchteten um Beamte oder im Staatsdienst stehende Männer handelt, Maßnahmen ergriffen werden können, die die ins Ausland Geflüchteten ihrer Rechte als verlustig gegangen erklären. Es ist in dieser Hinsicht hierbei daran gedacht, daß ins Ausland geflüchtete Beamte, Notare usw., die durch die Flucht ins Ausland sich freiwillig als nicht zur deutschen Volksgemeinschaft gehörig bekannt haben und die Interessen ihrer Mandanten schwer geschädigt haben, unter diese Bestimmungen fallen und keines der bisher innegehabten Rechte in Zukunft behalten oder wiedererlangen können.

Die Aufräumung im Reichstags-Plenarsitzungssaal.

Die Voruntersuchung gegen den Brandstifter.

Mehr als 100 Zeugen verhört.

VDZ Berlin, 3. April.

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, hat der Untersuchungsrichter des Reichsgerichts, der die Voruntersuchung wegen des Brandstiftungsverbrechens im Reichstagsgebäude führt, jetzt den so grauenhaft verwüsteten Plenarsitzungssaal zwecks Durchführung der Vorarbeiten für die Räumung und den Wiederaufbau freigegeben. Allerdings müssen diese Arbeiten unter Aufsicht von Fachleuten erledigt werden, die darauf zu achten haben, daß etwaige weitere Spuren gesichert werden. An der Durchführung der Voruntersuchung wird fieberhaft gearbeitet. Die Vernehmungen von Beschuldigten und Zeugen finden zum Teil in Moabit, zum Teil im Reichstagsgebäude statt. Wann die Voruntersuchung abgeschlossen werden kann, läßt sich, wie dem Nachrichtenbüro des VDZ an maßgebender Stelle betont wird, deshalb noch nicht übersehen, weil noch immer jeder Tag Neues über das Verbrechen bringe. Zurzeit liegen insgesamt fünf richterliche Haftbefehle wegen der Reichstagsbrandstiftung vor und zwar gegen van der Lubbe, gegen die drei bulgarischen Kommunisten und gegen den bisherigen kommunistischen Reichstagsabgeordneten Torgler. Gegen einige weitere Verdächtige bestehen vorläufig Schutzhaftbefehle.

Der Gang der Voruntersuchung wird zeitlich auch dadurch beeinflußt, daß eine Reihe von Sachverständigengutachten zu beschaffen ist, die der Untersuchungsrichter braucht, um seine Arbeiten auch nach dieser Richtung hin abrunden zu können. Es verlautet, daß erste Sachverständige auf brandtechnischem, chemischem und baufachlichem Gebiet zur Abgabe von Gutachten und ähnlichem aufgefordert worden sind. Mit Sicherheit kann jedoch gesagt werden, daß das Verfahren gegen van der Lubbe und Genossen in absehbarer Zeit durchgeführt werden wird. Es ist bisher noch nicht bestimmt, ob dieser Hochverratsprozeß vom Reichsgericht in Leipzig oder in Berlin verhandelt werden wird. Fest steht nur, daß diese Verhandlung in aller Oeffentlichkeit vor sich gehen wird, damit vor aller Welt die Schuldfrage, d. h. die kommunistische Anstiftung des Verbrechens, klargestellt werden kann. Dabei wird man auch mit einem großen Zeugenaufgebot zu rechnen haben, zumal bereits bisher von den Untersuchungsbehörden mehr als 100 Zeugen verhört worden sind.

Landtag vertreten sind. Die Nationalsozialisten haben somit die absolute Mehrheit.

*

Der oldenburgische Landtag.

TU Oldenburg, 3. April.

Der oldenburgische Landtag würde sich nach dem Gleichschaltungsgesetz wie folgt zusammensetzen: NSDAP 20 (bisher 24 Mandate), SPD 7 (9), KPD 3 (2), Zentrum 6 (7), Schwarz-Weiß-Rot 4 (3), Staatspartei 0 (1), Landvolk 0 (1). Diese Berechnung stützt sich darauf, daß der neue Landtag tatsächlich die zugelassene Höchstzahl von 39 Abgeordneten erreicht. Der bisherige Landtag vom 2. Mai 1932 umfaßte 46 Abgeordnete.

*

Die neue Zusammensetzung der Hamburger Bürgerschaft.

TU Hamburg, 3. April.

Auf Grund des Gleichschaltungsgesetzes würde sich für die Hamburger Bürgerschaft folgende Zusammensetzung ergeben: NSDAP 50 (bisher 51), SPD 34 (49), KPD 23 (26), Zentrum 2 (2), Schwarz-Weiß-Rot 10 (7), DVP 3 (5), Staatspartei 4 (18), Chr.-Soz. 1 (1), WP 0 (1). Insgesamt hat die Bürgerschaft 128 statt bisher 160 Mitglieder. Welcher Partei ein letztes, sich aus den Reststimmen ergebendes Mandat zufallen wird, läßt sich zurzeit nicht feststellen. Unter Ausschaltung der Kommunisten, die in der Hamburger Bürgerschaft nicht wieder erscheinen werden, würden die Nationalsozialisten zusammen mit der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot eine Mehrheit bilden können.

*

Die neue bremische Bürgerschaft.

TU Bremen, 3. April.

Eine Umrechnung der bremischen Bürgerschaft nach der Gleichschaltung würde folgende Zusammensetzung des bremischen Landesparlaments ergeben (in Klammern die Ergebnisse der Wahl vom 30. November 1930): NSDAP 31 (27), SPD 29 (32), KPD 12 (11), Zentrum 2 (2), Schwarz-Weiß-Rot 18 (Listenverbindung), DVP 5 (18).

Nach dem Gleichschaltungsgesetz stehen der bremischen Bürgerschaft 96 Mandate zu. Es besteht aber noch die Möglichkeit, daß der bremische Senat die Bürgerschaft in Zukunft nur aus 90 Abgeordnete zusammensetzt oder daß der der vorigen Bürgerschaft vorliegende Antrag auf Herabsetzung der Bürgerschaftsmitgliederzahl auf 90 durchkommt, sodaß es sich bei diesen Berechnungen nur um vorläufige handeln kann. Sollte die Bürgerschaft aus 90 Abgeordneten bestehen bleiben, würden noch vier Restmandate auf die einzelnen Parteien zur Verteilung gelangen müssen. Die NSDAP hat nach Ausschaltung der Kommunisten mit der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot in der bremischen Bürgerschaft die absolute Mehrheit.

Eingriff des Innenministeriums in die ostpreußische Landschaft.

WTB Königsberg, 3. April.

Die „Preußische Zeitung" meldet auf Grund amtlicher Mitteilung: „Auf Grund verschiedener in Berlin zur Kenntnis der Zentralbehörden gebrachter Vorgänge innerhalb der ostpreußischen Landschafts- und ihrer Tochterinstitute traf heute mittag um 12 Uhr eine Sonderkommission des Preußischen Ministeriums des Innern in den Gebäuden der Landschaft ein, um eine Klärung der Vorwürfe gegen einige Beamte dieser Institute ordnungsgemäß zu gewährleisten. Auf Anordnung des Kommissars ist mit der vorläufigen Leitung der Institute Herr Böhme-Berlin betraut worden.

Die „Georgine", das Amtsblatt der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen, berichtet hierzu noch folgendes:

„Auf Anordnung des Innenministers Göring erschien am Montag eine Untersuchungskommission in Königsberg, die die Räume der Generallandschaft und der Bank der Landschaft unter Hinzuziehung von SS mit Beschlag belegte. Die Wohnungen des Generallandschaftsdirektors und weiterer führender Beamte der Generallandschaft sowie die Wohnung der mit dem Generallandschaftsdirektor von Hippel besonders in Verbindung stehenden Rechtsanwälte wurden durchsucht. Es ist bekannt, daß die Nationalsozialisten bereits seit langem die Sauberkeit der Geschäftsführung der Generallandschaft und der Nebeninstitute angezweifelt haben. Der Verdacht hat sich nunmehr so verstärkt, daß es zu einer solchen Aktion kommen mußte, da die Gefahr besteht, daß Herr von Hippel seine Geschäfte zu verdunkeln versucht. Mehrere Beamte wurden in Schutzhaft genommen. Von Hippel, der sich in Berlin befindet, soll dort verhaftet werden."

Der Leiter der dritten vom preußischen Innenministerium eingesetzten Sonderkommission, Staatsanwaltsassessor Dr. Kühn, erklärte Pressevertretern zu den Vorgängen bei der Ostpreußischen Landschaft, daß irgend eine Behinderung der Abwicklung der Geschäfte nicht stattfinde. Auch werde die Liquidität der Institute in keiner Weise durch die von ihm eingeleiteten strafrechtlichen Untersuchungen und sonstigen Maßnahmen beeinträchtigt werden. Zu irgend welchen Befürchtungen der Geschäftslage der drei Landschaftsinstitute liege nicht der geringste Grund vor.

Numerus clausus auch für Notare.

TU Berlin, 2. April.

Wie der Zeitungsdienst meldet, dürfte schon in Kürze eine Anordnung des preußischen Justizministers Kerrl zu erwarten sein, die die außerordentliche Erregung weitester Volksschichten und besonders der Rechtsuchenden über die Tatsache, daß Juden als Notare tätig sind und in dieser Eigenschaft Amtssiegel mit den staatlichen Emblemen verwenden, feststellt. Es dürfte dann das dringende Ersuchen an die jüdischen Notare gerichtet werden, sich bis zur endgültigen Regelung der Notariatsfrage jeder Tätigkeit zu enthalten, um nicht Ruhe, Sicherheit und Ansehen der Rechtspflege zu gefährden. Wie der Zeitungsdienst weiter meldet, würde ein solches Ersuchen gleichzeitig eine Entbindung der jüdischen Notare von ihrer Pflicht zur Erfüllung des Notariats bedeuten.

Einführung der Arbeitsdienstpflicht nicht vor Jahresende.

VDZ Berlin, 3. April.

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, ist damit zu rechnen, daß das Reichskabinett sich am Dienstag mit der Frage der Einführung der Arbeitsdienstpflicht beschäftigen wird. Voraussichtlich wird dann die endgültige Ernennung des nationalsozialistischen Sachverständigen Oberst a. D. Hierl zum Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium beschlossen werden. Oberst Hierl dürfte die Betreuung der Arbeitsdienstfragen übertragen erhalten, daneben auch noch die Wahrnehmung der Förderung von sportlichen Bestrebungen durch die Reichsregierung. Im Reichsarbeitsministerium würden dann unter dem Reichsarbeitsminister zwei Staatssekretäre amtieren, denn der bisherige Staatssekretär Dr. Krohn behält weiterhin seine Funktionen, soweit sie nicht den dem Obersten Hierl übertragenen Auftrag berühren. Ergänzend erfährt das Nachrichtenbüro des VDZ in unterrichteten Kreisen, daß die Einführung der Arbeitsdienstpflicht noch einige Zeit auf sich warten lassen werde, und zwar sowohl aus finanziellen wie aus technischen Gründen. Die Arbeitsdienstpflicht würde mit erheblichen Mehrausgaben des Reiches verbunden sein, und was das technische anlangt, so ist vor allem die Führerfrage noch eingehend zu behandeln. Es könnte sein, daß erst zum Ende des Jahres die Arbeitsdienstpflicht den in der Zwischenzeit zu fördernden Freiwilligen Arbeitsdienst ablösen werde.

Die Maßnahmen des Justizministers Kerrl.

WTB Berlin, 3. April.

Der Nationalsozialistische Zeitungsdienst meldet: „In einer gewissen Presse wird der Anschein zu erwecken versucht, als ob es sich bei den durchgreifenden Säuberungsmaßnahmen des preußischen Justizministers Kerrl lediglich um Maßnahmen handele, die in Verbindung mit dem Boykott gegen das Judentum stehen. Wir sind in der Lage, demgegenüber zu erklären, daß es sich keineswegs um vorübergehende Maßnahmen handelt, sondern um Maßnahmen, die dafür sorgen sollen, daß die preußische Justiz von fremdrassigen Einflüssen gereinigt, das Ansehen der Rechtspflege dadurch wieder hergestellt und tiefgehende Beunruhigung des Volkes in Zukunft verhindert wird.

Der Kanzler auf der Tagung des Landwirtschaftsrates.

◇ Berlin, 3. April.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat, die Organisation der Deutschen Landwirtschaftskammern, hält am Mittwoch in Berlin seine 68. Vollversammlung ab. Zur Beratung steht das Thema „Aufbau der nationalen Agrarwirtschaft". Wie das Nachrichtenbüro des VDZ hört, haben Reichskanzler Hitler und Finanzminister Graf Schwerin von Krosigk den Besuch zugesagt, an der Tagung teilzunehmen. Falls der Kanzler nicht im letzten Augenblick durch andere dringende Geschäfte verhindert sein sollte, wird also am Mittwoch mit einer Rede des Reichskanzlers auf der Tagung des Landwirtschaftsrats zu rechnen sein.

Ein Reichskommissar für die Genossenschaften.

● Berlin, 3. April.

Reichsernährungsminister und Reichswirtschaftsminister Hugenberg hat im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister den Ministerialrat Bayrhoffer mit der Prüfung der Vorwürfe beauftragt, die gegen die Geschäftsführung und gegen die Ausgestaltung der zentralen genossenschaftlichen Verbände, des landwirtschaftlichen, gewerblichen und Konsumgenossenschaftswesens sowie ihrer Landes- und Provinzialorganisationen, Verbandskassen und Warenanstalten erhoben werden.

Der Genannte hat die Ermächtigung erhalten, von den bezeichneten Stellen, Organen und Angestellten jede Auskunft über die Geschäftsführung sowie die Vorlegung der einschlägigen Bücher und Schriftstücke zu verlangen. Die Reichs- und Landesbehörden sind ersucht worden, ihm auf Ersuchen Unterstützung und Auskunft zu gewähren.

Austritt aus Landtagsfraktionen.

VDZ Berlin, 3. April.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtages ist für Mittwoch, 5. April, nachmittags, zu einer Sitzung einberufen worden. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, ist der in Hessen-Nassau gewählte preußische Abgeordnete Hofacker-Kassel aus der Sozialdemokratischen Partei und aus der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ausgetreten. Sein Mandat hat Hofacker jedoch nicht niedergelegt. Die sozialdemokratische preußische Landtagsfraktion zählt jetzt nur noch 79 Abgeordnete.

Auch die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages zählt ein Mitglied weniger und zwar 67, da der (evangelische) Abgeordnete Borchert-Altdamm, der auf der Landesliste des Zentrums gewählt und bisher dem Zentrum zugezählt worden war, dem Nationalen Mittelstand angehört und diesen in Zukunft im Landtag vertritt.

Keine Reinhardt-Inszenierungen mehr in Berlin.

CNB Berlin, 3. April.

Die Direktion des Deutschen Theaters hat heute nach einer Besprechung mit dem Kommissar z. b. V., Hinkel, vom preußischen Kultusministerium die Entscheidung getroffen, daß Max Reinhardt (Goldmann) nichts mehr mit der künstlerischen Leitung des Deutschen Theaters zu tun hat. Die Direktion hat jede Bürgschaft übernommen, daß das Deutsche Theater den Erfordernissen der deutschen Kultur künftig Rechnung trägt. Am kommenden Dienstag wird im Deutschen Theater die Premiere des Stückes „Ewiges Volk" von Professor Klug stattfinden.

Flugblätter- und Zeitungsfunde bei württembergischen Kommunisten.

TU Stuttgart, 3. April.

Von der politischen Polizei in Württemberg konnte eine Reihe kommunistischer Zeitungen in deutscher Sprache aus Rußland, der Schweiz, dem Elsaß, dem Saargebiet und aus Oesterreich beschlagnahmt werden. Es ist weiter gelungen, Flugblätter des Roten Frontkämpferbundes, die schwerste Beschimpfungen der Reichsregierung, der SA und des Stahlhelms enthalten und zum bewaffneten Aufstand gegen die nationale Regierung auffordern, zu beschlagnahmen, desgleichen Exemplare des in Berlin illegal weiter erscheinenden Zentralorgans der KPD „Die rote Fahne", in der in der verlogensten Weise gegen die nationale Regierung gehetzt wird. Die polizeilichen Maßnahmen haben ferner zu einer Beschlagnahme von rund 100 Zentnern marxistisch-bolschewistischen Materials mit hochverräterischem Inhalt geführt. Bei einem Kraftdroschkenführer wurden 1500 Schuß Infanteriemunition vorgefunden und beschlagnahmt.

Die Festnahme des Professors Gaßner in Braunschweig.

CNB Braunschweig, 3. April.

Zu der Festnahme des Professors Gaßner, des Rektors der Technischen Hochschule, wird bekannt, daß Professor Gaßner am Sonnabend in Bonn erfahren hatte, daß ein Haftbefehl gegen ihn vorlag. Er ist daraufhin sofort freiwillig nach Braunschweig gefahren, um sich auf dem Polizeipräsidium zu melden.

Am schwarzen Brett der Hochschule erschien am Montag als Bekanntmachung des Rektorats ein Schreiben des Professors Gaßner aus Bonn vom 31. 3. an den braunschweigischen Volksbildungsminister, in dem es u. a. heißt: „Bei ruhiger Ueberlegung aller Umstände komme ich heute zu dem Entschluß, mein Amt als Rektor der Technischen Hochschule Braunschweig hiermit niederzulegen. Ich hätte diesen Entschluß bereits vor einigen Wochen ausgeführt, wenn ich nicht von autoritativer Stelle die Versicherung erhalten hätte, daß ein Zusammenarbeiten mit dem zuständigen Ministerium für die Zukunft durchaus möglich sei."

Zu diesem Brief erfährt die „Braunschweigische Landeszeitung", daß Professor Gaßner von einer autoritativen Stelle die genannte Versicherung nicht erhalten habe. Zuständig hierfür wäre der braunschweigische Minister für Volksbildung gewesen, dem jedoch von einem solchen Schritt nichts bekannt ist. Wohl hatte sich Professor Gaßner wegen seiner Versetzung nach Berlin an den braunschweigischen Finanzminister Dr. Küchenthal gewandt mit der Bitte um eine Intervention bei Minister Klagges. Dies hatte aber mit dem in dem Schreiben angezogenen Satz nichts zu tun. Der Sohn Professor Gaßners hat sich freiwillig in braunschweigische Polizeiverwahrung begeben.

Die Regelung des englischen Handels mit Rußland.

Ein Ermächtigungsgesetz.

WTB London, 3. April.

MacDonald teilte heute dem Unterhaus mit, daß die Regierung vom Parlament besondere Vollmachten zur Regelung des Wirtschaftsverkehrs mit Rußland fordern wird. Der Gesetzentwurf wird bereits morgen im Unterhaus eingebracht. Am 5. soll es bereits in allen drei Lesungen erledigt sein.

Für die Opposition vertrat Lansbury die Forderung, daß das Volk erst über Motive und Ausmaß des Gesetzes gründlich unterrichtet werde, bevor es der Regierung weitgehende Vollmachten überläßt.

Demgegenüber wies MacDonald darauf hin, daß die wirtschaftspolitischen Vereinbarungen mit Rußland am 17. April außer Kraft treten. Irgendeine Regelung des Handels mit Rußland müsse also jedenfalls erfolgen.

Trotzdem machte die Opposition gegen die Absichten der Regierung Front. Sie verharrte dabei, daß der Unterbreitung eines Gesetzes eine ministerielle Erklärung vorangehen müsse, in der den Unterhausmitgliedern sämtliche Informationen zu dem Thema mitgeteilt werden, in deren Besitz sich die Regierung befindet.

Daß es sich um Vergeltungsmaßnahmen für das Vorgehen gegen die Ingenieure der Firma Vickers in Rußland handelt, geht aus der Antwort MacDonalds hervor, der sagte, es liege nicht im Interesse der Betroffenen, jetzt eine derartige Erklärung abzugeben. Er sei jedoch bereit, diese Erklärung bei Gelegenheit der zweiten Lesung des Gesetzes nachzuholen. Darauf erklärte Lansbury, es sei ganz unzuträglich, wenn man dem Hause zumute, blindlings und wie Automaten die Entscheidungen der Regierungen zur Kenntnis zu nehmen und zu billigen. Trotzdem hielt MacDonald an seiner Absicht fest, worauf Lansbury ankündigte, die Opposition werde sich hüten, einer Regierung, die so unbefriedigende Erklärungen gebe, die Handhabung der russischen Beziehungen irgendwie zu erleichtern.

Gegenrevolution in Siam.

Gegen kommunistische Experimente.

)(Bangkok, 3. April.

Der König hat die Volksvertretung aufgelöst und einen neuen Staatsrat eingesetzt. Die Gesandtschaften haben Schußwaffen erhalten, um für den Fall, daß Unruhen ausbrechen sollten, gerüstet zu sein. Der neuernannte Staatsrat wird die Geschäfte solange weiterführen, bis es möglich sein wird, die Wahlen für die Volksvertretung vorzunehmen. Sämtliche Minister treten für die vom König getroffene Entscheidung ein, weil die radikalen Elemente sich für eine kommunistische Gestaltung des Grundeigentums ausgesprochen haben, die in dem reinen Agrarstaat Siam ein Chaos zur Folge gehabt haben würde.

„United Preß" meldet dazu: Ueber Siam ist durch Erlaß des Königs der Ausnahmezustand erklärt und die Regierung abgesetzt worden. Die nach der unblutigen Revolution im Juni vergangenen Jahres in Kraft gesetzte Verfassung wurde vom König bis zur Abhaltung von Neuwahlen, die in nächster Zukunft sein sollen, aufgehoben. Der Staatsrat und die Volksversammlung sind ebenfalls durch Erlaß des Königs aufgelöst worden. An Stelle dieser verfassungsmäßigen Organe ist ein neuer, aus zwanzig Mitgliedern bestehender Staatsrat gebildet worden, der zusammen mit dem König das Land bis zu den Neuwahlen regieren wird. Den Vorsitz in dem Staatsrat führt der Konservative Phya Manopakarana. Sämtliche frühern Minister, die zu der Konservativen Partei gehören, sind in dem neuen Staatsrat vertreten. Auch das Heer und die Marine sollen Abgeordnete in den Staatsrat entsenden.

Den Anlaß zu dem Vorgehen des Königs bot ein wirtschaftlicher Sanierungsplan, den der Führer der Revolution im letzten Jahr, Luang Pradit, ausgearbeitet hatte und den der König als einen undurchführbaren Versuch betrachtete, westliche Wirtschaftsmethoden der östlichen Struktur der Landwirtschaft aufzupfropfen. Der von Pradit empfohlene Sanierungsplan soll dem königlichen Erlaß zufolge ausgesprochen kommunistischer Natur gewesen sein. Pradit soll außerdem mit Nachdruck für eine Nationalisierung der Industrie und Banken in Siam eingetreten sein. Durch diese von ihm geplanten wirtschaftlichen Umwälzungen hatte sich Pradit die Sympathien und die Unterstützung des Heeres und der Marine verscherzt, die ihm im Juni vergangenen Jahres zum Sieg über das damalige absolute Regierungssystem verholfen hatten. Auch die konservativen Kreise, die Pradit 1932 unterstützten, haben sich jetzt gegen ihn und seine wirtschaftlichen Maßnahmen ausgesprochen.

Die Gewerkschaftsreform.

Das am vergangenen Freitag von der Reichsregierung erlassene Gesetz „über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen" stellt den Anfang einer grundsätzlichen Reform des Gewerkschaftswesens und des Rechts der Betriebsvertretungen dar. Das Gesetz legalisiert zunächst die Aussetzung der Betriebsrätewahlen bis zum Ende September, es gibt die Möglichkeit zur Abberufung einzelner Mitglieder der Betriebsvertretungen, die eine staats- oder wirtschaftsfeindliche Haltung gezeigt haben, und es hebt den Kündigungsschutz des Betriebsrätegesetzes für den Fall auf, daß die Kündigung wegen staatsfeindlicher Haltung erfolgt. Diese Bestimmungen sorgen für die Herstellung der „Gleichschaltung" in den Betrieben. Weit mehr Bedeutung für die Zukunft hat der zweite Teil des Gesetzes, der das Monopolrecht der Gewerkschaften bricht. Den bisher gesetzlich — im Reichsknappschafts- und Arbeitsgerichtsgesetz — zugelassenen Gewerkschaften werden bisher als nicht tariffähig angesehene Arbeitnehmervereinigungen als gleichberechtigt an die Seite gestellt, sofern sie den Bedingungen des Arbeitsgerichtsgesetzes entsprechen, also vor allem unabhängig sind. Die bisher anerkannten Gewerkschaften sind die im Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund, im Deutschen Gewerkschaftsbund und im Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände zusammengefaßten Berufsvertretungen der Arbeiter- und Angestellten. Zu diesen privilegierten Gewerkschaften sollen nunmehr noch andere Arbeitnehmerorganisationen hinzukommen. Dabei dürfte es sich insbesondere um diejenigen der NSDAP und des Stahlhelms handeln. Ob auch die unter dem Namen „gelbe Gewerkschaften" bekannten wirtschaftsfriedlichen Organisationen, deren Unabhängigkeit von den Arbeitgebern bisher stets bestritten wurde, nunmehr als tariffähig angesehen werden, darüber liegt noch keine authentische Erklärung von amtlicher Seite vor. Sicher ist, daß diese Aenderung im Gewerkschaftswesen noch nicht den Grundplan für die künftige Gewerkschaftsordnung darstellt. Das Ziel der Regierung ist der nationale Ständestaat, in dem der Wirtschaftsfriede weitgehend gesichert ist.

In dieser Richtung liegt auch, daß zunächst einmal die geltenden Arbeitsverträge allgemein bis zum 30. September verlängert werden sollen. Die Arbeitgeberorganisationen in der Textilindustrie und des Ruhrbergbaus haben in dieser Hinsicht bereits die ersten Schritte getan und die Verlängerung der Tarife beschlossen. Bei der bevorstehenden allgemeinen Tarifverlängerung will die Reichsregierung wohl Ausnahmen zulassen, die allerdings nur dort Anwendung finden dürften, wo ein Betrieb sich bei den geltenden Arbeitsverträgen als nicht rentabel erweist. Die Bemühungen der Reichsregierung um die Herbeiführung eines freiwilligen Wirtschaftsfriedens lassen darauf schließen, daß ein Antistreikgesetz nicht beabsichtigt ist. Ueber die künftige Zuständigkeit der Schlichtungsbehörden liegt noch keine authentische Regelung vor. Es besteht jedoch die Wahrscheinlichkeit, daß auch jetzt notfalls die Schlichtungsbehörden mitwirken werden, jedoch voraussichtlich auf Grund neuer Richtlinien. Ob die künftige Gestaltung der Dinge sich stark nach dem italienischen Vorbild richten wird, das läßt sich noch nicht übersehen.

Man muß also vorläufig die Frage noch offen lassen, ob die Gewerkschaften als Selbstverwaltungskörper unter staatlicher Oberaufsicht bestehen bleiben oder ob eine Umorganisation im Sinne einer Verstaatlichung des Apparates und seiner Funktionen geplant ist. Noch nicht geklärt ist auch, ob an einen Organisationszwang für den einzelnen Arbeitnehmer gedacht ist. Viel spricht allerdings dafür; auch hat man sehr stark damit zu rechnen, daß unter Aufrechterhaltung eines reich differenzierten „ständischen", das heißt nach Fachgruppen gegliederten Unterbaus die Vereinheitlichung der verschiedenen wirtschaftspolitischen Richtungen in einem Einheitsverband kommen wird. Die Eingliederung in diesen natürlich völlig entpolitisierten Einheitsverband wird am leichtesten für den Deutschen Gewerkschaftsbund sein, dessen programmatische Abwehr marxistischer Ideen und Tendenzen und dessen durch den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband vorhandene Beziehungen zur NSDAP ihn geradezu als Kristallisationspunkt der neuen Arbeitnehmerorganisation erscheinen lassen würden, sofern sie kommen und man nicht doch noch vorziehen würde, das dem deutschen Wesen doch stark entsprechende Eigenleben der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen zu respektieren, wobei dann natürlich Sicherheit vorhanden sein müßte, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund dem Marxismus, mit dem er bisher eng liiert war, den Rücken kehrt.

Die stärkste Annäherung an die NSDAP hat bisher der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband vollzogen. In ihm gab es schon seit 1921 einen „Ring der Getreuen im DHV". Er hatte die Aufgabe, der Gefahr einer Ueberflutung des Verbandes „durch gewerkschaftlich undisziplinierte und völkisch nicht erzogene Massen" entgegenzuwirken. Die Mitglieder dieses „Ringes der Getreuen", der sich in diesen Tagen aufgelöst hat, trugen das bekannte Abzeichen des DHV. in Verbindung mit dem schon 1914 vom DHV. als eine besondere Auszeichnung eingeführten Hakenkreuz. Dieses Abzeichen ist nunmehr vom DHV. als allein gültiges Abzeichen übernommen worden. Er hat sich also unter das Hakenkreuz gestellt.

Der Mount Everest zum ersten Male überflogen.

= Bombay, 3. April.

Ein Flugzeug der zur Erforschung des Himalajagebietes aufgebrochenen Aeronautischen Expedition hat den 8822 Meter hohen Granitgipfel des Mount Everest, des höchsten Berges der Erde, zum ersten Male überflogen. Eine Besteigung des vollständig vergletscherten Berges ist bisher nicht gelungen. Die Forscher Malory und Irvine waren im Jahre 1924 mit Hilfe von Sauerstoffapparaten bis auf eine Höhe von 8605 Meter gelangt.

Landrat Werra beurlaubt.

⊙ Meschede, 3. April.

Landrat Werra wurde heute durch Telegramm aus Berlin von seiner Beurlaubung in Kenntnis gesetzt. Ueber seinen Nachfolger ist noch nichts bekannt.

Alkoholismus auch heute noch!

Jahreshauptversammlung des Kreuzbundes

h. Bocholt, 4. April.

Die Ortsgruppe Bocholt des Kreuzbundes, Reichsverband abstinenter Katholiken Deutschlands e. V., hielt am vergangenen Sonntag in ihrem Heim eine Generalversammlung ab, die von den Mitgliedern überaus stark besucht war.

Nach Abwicklung eines unterhaltenden Teiles, in dem u. a. zwei Filme vorgeführt wurden, ging der 1. Vorsitzende, Kaufmann Joh. Hinse, näher auf den Zweck der Generalversammlung ein, der sei, Rückblick zu halten in die Vergangenheit und etwa begangene Fehler zu berichtigen und Ausschau zu halten in die Zukunft und die Grundlage zu schaffen für weitere gedeihliche Arbeit. Ob auch heute noch der Kampf des Kreuzbundes gegen den Alkoholismus notwendig sei, darüber gebe eine von der Zentrale des Kreuzbundes neu herausgegebene Schrift „Tatsachen" genauere Auskunft. In dieser Broschüre heißt es u. a.

Alkoholismus auch heute noch!

„Einen Alkoholismus gibt es in Deutschland heute nicht mehr, zum vielen Trinken fehlt ja das Geld". — Das ist gegenwärtig weit verbreitete Meinung. Seit die amtliche Statistik einen Rückgang des Alkoholverbrauchs nachweist und die Wirtschaftsnot von Tag zu Tag steigt, glauben weite Kreise, daß von einer Alkoholnot nicht mehr die Rede sein könne und ein Kampf gegen den Alkoholismus sich erübrige. Schon liest man in der Tagespresse von einer „Deutschen Prohibition aus freier Entsagung". In der Tat ist der Alkoholverbrauch, wenigstens der Bierverbrauch, während der letzten zwei Jahre nicht unwesentlich zurückgegangen, nämlich von 263 Liter auf den Kopf der mehr als 15 Jahre alten männlichen Bevölkerung auf 168 Liter. Bei Trinkbranntwein, in reinen Alkohol umgerechnet, wurden 1929/30 noch 2,2 Liter auf den Kopf verbraucht, gegen 1931/32 1,85 Liter, nach den Zahlen der Steuerstatistik. Sehr beträchtliche Mengen Branntwein gelangen unversteuert in den Handel. So schrieb „Das Gasthaus" am 18. 1. 33 „Wir haben in Deutschland eine Schwarzbrandindustrie, die einem Prohibitionsland alle Ehre machen könnte". Uebrigens scheint der Rückgang des amtlich kontrollierten Branntweinverbrauches neuerdings zum Stillstand gekommen zu sein. An Schaumwein wurden 1929/30 11 621 987 Flaschen getrunken, gegen 5 434 691 im Jahre 1931/32. Man schätzt den Gesamtverbrauch an Still- und Schaumwein im Jahre 1929/30 auf 3 032 000 hl (auf den Kopf 4,7 bezw. 13,7 Liter), den im Jahre 1931/32 auf 3 404 000 hl (auf den Kopf 5,2 bezw. 15 Liter).

Man soll sich hüten, aus diesen Zahlen voreilige Schritte zu ziehen. Der Verbrauchsrückgang ist noch kein Beweis dafür, daß auch der Alkoholismus, d. h. die Gesamtheit der schädlichen Wirkungen der Alkoholsitte, die diese in gesundheitlicher, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht auf den Volkskörper ausübt, zurückgegangen ist. Wer seine besondere Aufmerksamkeit auf die täglich vorkommenden Roheiten, Ausschreitungen, Gewalttaten, Unfälle und dgl. richtet, die der mehr oder minder reichliche Genuß berauschender Getränke im Gefolge zu haben pflegt, steht nicht unter dem Eindruck, daß der von der amtlichen Statistik gemeldete Rückgang des Alkoholverbrauchs sich auf das Volksleben sichtbar in günstiger Weise ausgewirkt habe. Er wird daher Feststellungen, die nach dieser Richtung hin in größerem Umfange versucht werden, lebhaft begrüßen.

Ein solcher Versuch ist gemacht worden.

Man hat die deutsche Tagespresse einmal daraufhin geprüft, was sie über den landesüblichen Alkoholgenuß und dessen mannigfache Folgen zu berichten hat. Die Beobachtung erstreckt sich einheitlich auf eine ganz kurze Zeitspanne. Nur das, was in der Zeit vom 1. — 7. Dezember 1932 und 1. — 7. Januar 1933 von der Tagespresse gemeldet oder besprochen wird — Trunkenheitsszenen und -folgen, gerichtliche Verhandlungen darüber u. a. m. — sind gesammelt worden; es sind ausschließlich Ereignisse, die sich innerhalb des Deutschen Reiches abgespielt haben.

Das Ergebnis ist erschütternd.

Nach Sichtung der Tausende von Zeitungsblättern und Ausscheidung aller Doppelmeldungen verbleiben über 1000 Berichte und Notizen, die ein anschauliches Bild des unzweifelhaft noch vorhandenen Alkoholismus darstellen. Ueber tausend zumeist sehr ernste und folgenschwere Fälle! Die Schrift „Tatsachen" führt dann die einzelnen Fälle im Telegrammstil und wenigen Stichworten unter Angabe der betr. Zeitung, in der die Notiz erschienen ist, auf.

Wie der 1. Vorsitzende Hinse weiter berichtete, hat die Beratungsstelle für Alkoholkranke des Caritasverbandes gegenwärtig ca. 350 Fälle von Alkoholismus in unserer Stadt in Bearbeitung, Fälle, in denen die betr. Leute infolge ihres Alkoholismus größtenteils schon mit der Behörde in Konflikt gekommen seien. Wieviel andere Fälle seien aber noch da! All dies beweise, daß der Kreuzbund auch heute noch nötig sei.

Die Ziele des Kreuzbundes

seien: 1. entschiedenes katholisches Christentum, insbesondere Pflege des christlichen Gemeinschaftsgeistes und tatkräftiger, opferfreudiger, christlicher Nächstenliebe. 2. wirksame Bekämpfung des Alkoholismus, eines Haupthindernisses für die Betätigung des praktischen Christentums. Die Satzung stelle also das „entschiedene kath. Christentum" vor die Abstinenz. Tatsächlich sei die Abstinenz ja nichts anderes, als eine bestimmte Weise der angewandten Lehre Christi. Wesensaufgabe des Christentums sei, Diener sein wollen am unglücklichen Mitmenschen. Für die Mitglieder des Kreuzbundes heiße es also, nicht in weitem Bogen um den Gefallenen und Gesunkenen herumgehen und sich verächtlich über dessen moralischen Tiefstand zu entrüsten, sondern hilfsbereit die Hand anzulegen und noch zu retten, was zu retten sei. Wohl sei die Rettungsarbeit bisweilen recht schwer. Nicht immer finde die helfende Liebe Anerkennung. Man weise uns oft als unerwünschte Eindringlinge zurück, glaube sich in seinen persönlichen Rechten verletzt, wehre sich dagegen, der Hilfe bedürftig zu sein. So habe ihm (der Redner) einmal ein Alkoholkranker, um den er sich bemüht habe, gesagt: „Was geht es Dich an, wenn ich mich auch tot saufe? Laß mich doch verrecken".

Das Streben, anderen zu helfen, sei der tiefste Sinn der Abstinenz. Wer einmal die Alkoholnot kennen gelernt habe aus Schriften oder Vorträgen oder auch die traurigen Folgen des Alkoholmißbrauchs am eigenen Leibe und in der eigenen Familie verspürt habe und nun durch die Abstinenz wieder froh und glücklich geworden sei, der würde gegen sich selbst unwahr sein, wenn er sich nicht mit ganzer Seele der Bekämpfung des Alkoholismus hingeben würde.

Der Redner ging dann noch näher auf die besonderen Aufgaben des Kreuzbundes ein. Er erstattete sodann den

Geschäftsbericht

aus dem hervorging, daß 55 Veranstaltungen der verschiedensten Art stattgefunden haben. Allen, die zur Ausgestaltung des Vereinslebens beigetragen hätten, sagte er herzlichen Dank. Vor allem dem Präses, Kaplan Dr. Friedrich Lohmann, der neuen Schwung und Leben in den Kreuzbund gebracht habe, so daß die Zahl der Teilnehmer an den Vereinsabenden ständig zunehme. Das Rundschreiben des Präses „Wir unterhalten uns" habe die Mitglieder ganz gewaltig aufgerüttelt. Sein Dank galt auch Herrn Severt, der den Mitgliedern mit seinem Kasperletheater manche frohe Stunde bereitet habe, sowie dem Dirigenten des Gesangchores, Herrn Horstmann, und allen Vorstandsmitgliedern und Vertrauensleuten. Der Fürsorgerin Frl. Maria Menting stattete er für ihre stille, segensreiche Tätigkeit in der Trinkerfürsorge ganz besonders herzlichen Dank ab. Leider habe Frl. Menting zu wenig Helfer. Eine rege Aussprache folgte.

Den Kassenbericht erstatte der Kassierer, Herr Heinrich Langenhoff. Die Kasse ist von 3 Mitgliedern geprüft und vorbildlich in Ordnung befunden worden. Ihm wurde Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl erfolgte einstimmig: 1. Vorsitzender Joh. Hinse, 2. Vorsitzender Josef Severt, Kassierer Heinrich Langenhoff, Schriftführer Adolf Schwillens. Zum erweitertem Vorstande gehören ferner die Führer der einzelnen Gruppen sowie alle Vertrauensleute.

In seinem Schlußwort bat der Vorsitzende vor allem, den Gemeinschaftsgeist zu pflegen und jede Ichsucht hintanzustellen. Er erinnerte noch an die am Palmsonntag beginnende Opferwoche, zu denen die Kouverts pünktlich am Sonntag mit dem neuen Volksfreund zugestellt würden. Mit dem Bundeslied wurde geschlossen.

Neue Bauarbeiterlöhne.

Die Lohnfrage geregelt.

Der Entfaltung der Bauwirtschaft steht nichts mehr im Wege.

= Bocholt, 4. April.

Die diesjährigen Lohn- und Tarifverhandlungen im rheinisch-westfälischen Baugewerbe waren äußerst schwierig. Gingen doch die Ansichten hier weit auseinander. Während die Arbeitgeber eine 10 und 9 Pfennig umfassende Lohnminderung wünschten, verlangten die Bauarbeiterverbände die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden unter Beibehaltung des vorherigen Lohnniveaus. Nachdem alle Parteiverhandlungen und Beratungen vor dem ernannten Unparteiischen ergebnislos verliefen, wurde schließlich ein Schiedsspruch am 8. März gefällt, der eine Senkung der gesamten Bauarbeiterlöhne vorsah. Trotzdem wurde auch dieser Schiedsspruch abgelehnt.

Durch nochmalige Beratungen und Einsichtnahme der Lohnlisten im Münsterland und anderen ländlichen Gegenden Westdeutschlands kamen die Vertragsparteien überein, den Schiedsspruch für diese Gebiete abzuändern. Am 28. März 1933 wurde auf dem Wege der Vereinbarung eine endgültige Lohnregelung getroffen. Hiernach gestalten sich

die neuen Bauarbeiterlöhne

in den einzelnen Ortsklassen wie folgt:

Vollarbeiter:	Ortsklasse I.	II.	III.	IV.	IVa.	V.	Va,
Für Maurer, Zementfacharbeiter, Mineure	85	80	74	68	64	61	65
Für Zimmerer und Einschaler	88	80	74	68	64	61	56
Für Kanalmaurer	88	82	76	70	66	63	58
Für Zementarbeiter, Flechter und Bieger	78	73	68	62	59	56	51
Für Bauhilsarbeiter und Zuschläger	71	66	61	57	55	51	46
Für Tiefbauarbeiter	61	60	58	56	55	50	46
Ungelernte Nichtfacharbeiter:							
Für Zementarbeiter, Flechter und Bieger	70	66	61	56	53	50	46
Für Bauhilfsarbeiter und Zuschläger	64	59	55	51	50	46	41
Für Tiefbauarbeiter	55	54	52	50	50	45	41

Unter ungelernte Nichtfacharbeiter sind diejenigen Hilfskräfte im Baugewerbe zu verstehen, die noch nicht in diesem Berufe tätig waren. Der bisherige Bezirkstarifvertrag sah in diesem Falle eine Karenzzeit von 4 Monaten vor, in der diesen Arbeitern diese niedrigeren Löhne gezahlt werden konnten.

Die Löhne der Jugendlichen und Lehrlinge sollen nunmehr anschließend gleichfalls geregelt werden. Hierfür lag bisher ein bestimmter Schlüssel bei der Errechnung zu Grunde. Man darf annehmen, daß dieses auch bei den Bezirkstarifvertragsverhandlungen erneut angenommen wird. Denn die Kardinalfrage, die Festsetzung der Vollarbeiterlöhne, ist erfolgt.

Auf Grund der getroffenen Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien ist für einzelne ländliche Gebiete des Münsterlandes und des Paderbornergebietes eine

Umstufung in der Lohnklasseneinteilung

vorgenommen werden. Dadurch ist teilweise eine Lohnkürzung von 10 und mehr Stunden eingetreten. Für das engere Vest und das Münsterland wurden umgruppiert:

Aus der Ortsklasse I nach Ortsklasse II, der nördliche Teil des Kreises Mörs, einschließlich der Aemter Alpen und Ossenberg. Diese bilden die Südgrenze. Ferner wurden nach der Ortsklasse II eingestuft: die Stadt Münster und das Amt Mauritz, die Stadt Wesel und das Amt Schermbeck, die Gemeinden Bockum, Stockum und Hövel. Aus dre Ortsklasse II wurde in die Ortsklasse III die Stadt Bocholt und einige weitere münsterländische und säuerländische Gebiete eingestuft.

Das Amt Rhede kam von Ortsklasse IV nach IVa. Das Amt Borghorst wurde von Ortsklasse IVa, nach Ortsklasse V gestuft. Neben anderen Orten wurde für das Amt Rheine ein Sonderlohn von 70 Pfg. für Facharbeiter festgesetzt.

Die Regelung der Lohnzuschläge, Fahrt- und Wegezeitvergütung, sowie die Löhne für Jugendliche und Lehrlinge werden im Rahmen der Bezirkstarifvertragsverhandlungen in aller Kürz zu regeln gesucht.

Da nun die Stundenlöhne des Hoch-, Beton-, und Tiefbaugewerbes feststehen, sollen teilweise schon in dieser und der folgenden Woche, auch die Lohnsätze für die Spezialbauberufe entsprechend festgesetzt werden. Das gleiche ist für alle Baunebenberufe, wie Maler und Anstreicher, Klempner, Schlosser, Dachdecker und Fliesenleger zu erwarten. Da die neuen Löhne für fast ein ganzes Jahr, nämlich bis zum 2. März 1934 gelten, und daher für 1933 der

Friede im Baugewerbe gesichert

ist, steht der Belebung der Bauwirtschaft im Industriegebiet, im Vest und im Münsterland nichts mehr im Wege. **Alle bauinteressierenten Kreisen hegen deshalb die bestimmte Erwartung, daß seitens der staatlichen und kommunalen Instanzen sowie einflußreicher Private, alles getan wird, um endlich das seit Jahr und Tag brachliegende Bauhandwerk durch ausreichende Aufträge zu neuem Leben und Blüte erstehen zu lassen.**

Hinweisen müssen wir noch darauf, daß diese neuen Lohnsätze sowie der Reichstarifvertrag für das Baugewerbe mit einer Allgemeinverbindlichkeitserklärung des Reichsarbeitsminister hoffentlich zu rechnen haben werden, da die Vertragsparteien diese Anträge stellen. Das bauende Publikum wird dringend ersucht, dieses zu beachten und nur dem selbständigen Bauhandwerk zu reellen Auftragsbedingungen entgegenzukommen. Die seitherige Schmutzkonkurrenzen, die sich vor allem in ländlichen Gegenden sehr stark bemerkbar machen, müssen im Interesse des Bauhandwerks und seiner Fach- und Hilfskräfte unnachsichtlich bekämpft werden. Alle Behörden sollten darin das Handwerk tatkräftig unterstützen. Die neuen Lohnsätze stellen das niedrigste dar, was man dem Baugewerbe zumuten kann und darf. Kein Bauauftraggeber sollte dieses außer Acht lassen. Qualitätsarbeit kann und wird nicht mit Schleuderangeboten ausgeführt, sondern mit Kalkulationen, die auf tariflicher Grundlage basieren. Erkenne man dieses und handle danach, sowohl bei Behörden, Industrie und Privaten. Nur dann werden die baulichen Verhältnisse auch in dieser Hinsicht besser werden.

Werkjugendtagung in Borken.

Kaplan Kohaus neuer Bezirkspräses. – Das Sommerprogramm.

= Borken, 4. April.

Am Sonntag fand, wie bereits gestern kurz erwähnt, anläßlich des Bezirksdelegiertentages der kath. Arbeitervereine auch eine Tagung der Werkjugendgruppen des Bezirksverbandes Bocholt statt. Auch zu dieser Tagung waren Vertreter aus dem ganzen Bezirk in ihrer schmucken blauen Kluft erschienen. Unterbrochen wurden die ernsten Beratungen von dem fröhlichen Spiel der zu Fuß nach Borken gekommenen Mandolinenabteilung der Werkjugend Rhede. In dieser Versammlung weht ein frischer Geist jugendlichen Frohsinns, der auch die Aelteren mitreißen muß. Zunächst sprach

Bezirksführer Teriete (Rhede).

In dreiviertelstündiger Rede setzte er sich mit den Aufgaben der Werkjugend in der heutigen Zeit auseinander. Er trete, so erklärte er, jede Kritik entgegen, die behaupte, die katholische Arbeitervereinsbewegung sei zwecklos geworden. Wir müßten aus den Zeitverhältnissen die Konsequenzen ziehen und uns darauf einstellen. Es komme vor allem darauf an, daß wir auch

mehr Nachdruck auf die äußere Form

legten. Ordnung und Disziplin sei auch für eine katholische Bewegung notwendig, nicht als Wesensaufgabe, sondern um mit mehr Nachdruck auf Notwendiges hinarbeiten zu können. Geistige Arbeit (Erziehung und Bildung) seien von jeher größtes Aufgabengebiet der katholischen Arbeitervereine gewesen. Wir wollten diese Ideen der Bewegung vertiefen und sie so vollständig zur Richtschur unseres Handelns machen. Kraft und Arbeit schöpften wir aus den Kraftquellen unserer heiligen Kirche. Wir seien ganz katholisch, aber darum nicht minder deutsch. Und auch unsere, der Werkjugend Aufgabe sei es, an der Erneuerung des politischen Lebens mitzuarbeiten. Hier stehe der Gedanke der Enzykliken vor uns. Sie seien uns Programm, und dieses Programm wollten wir hineinhämmern bis in das Innerste des letzten katholischen Jungarbeiters. Der Glaube an die Bewegung müsse uns anspornen zur Hergabe des ganzen Menschen. Dann brauchten wir trotz allem um die Zukunft nicht bange zu sein.

Die Aussprache nach dieser mit begeistertem Beifall aufgenommenen Rede ergab, daß die Werkjugend aus sittlicher Pflicht heraus sich positiv zum neuen Staat einstelle. Schließlich erfolgte

die Festsetzung des Sommerprogramms

mit folgenden Punkten: 1. Beteiligung am Jubiläum des Josefsvereins in Gemen am 23. April, 2. am Gautag in Recklinghausen am 28. Mai, 3. an der Kundgebung der Werkjugend in Borken am 25. Juni, 4. am diamentenen Jubiläum des Bocholter Vereins St. Paulus, voraussichtlich am 22. Juli und 5. im Herbst an einer Kundgebung in Stadtlohn.

Herzlich begrüßt und in sein Amt eingeführt wurde noch der neue Bezirkspräses der Werkjugend, Kaplan Kohaus (Bocholt), den der Vorsitzende gleichzeitig in sein Amt einführte, unter dem lebhaftesten Beifall der Versammlung. Kurze Worte sprach noch Schriftleiter Groß, der seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß die katholische Arbeiterjugend den Mut zur Arbeit nicht verloren habe.

*

Nachfolgend veröffentlichen wir noch die Statistik der katholischen Arbeitervereine des Bezirksverbandes Bocholt, die wir gestern wegen Raummangels zurückstellen mußten.

Statistik der kath. Arbeitervereine.

Lfd. Nr.	Name des Vereins	Name des Präses	Name des Vizepräses	Mitgliederzahl 31. 12. 1931	31. 12. 1932
1.	Ahaus	Vikar Horstmann	Karl Verweyen	146	146
2.	Anholt	Pfarrer Rampelmann	B. Flaßwinkel	131	85
3.	Bocholt, St. Paulus	Kaplan Reidick	Theod. Benning	1084	1049
4.	Bocholt, St. Josef	Kaplan Weiper	Gerh. Ebbing	520	493
5.	Borken	Kanonikus Janssen	Heinr. Wanning	299	312
6.	Coesfeld	Kaplan Grothues	Kaspar Nier	894	887
7.	Dingden	Kaplan Lohmann	Gerh. Nienhaus	53	56
8.	Gemen	Kaplan Woltering	Heinr. Inhester	82	84
9.	Gescher	Kaplan Blömer	Gerh. Söbbing	160	160
10.	Lette	Westmattelmann	Theod. Schlütter	85	85
11.	Ramsdorf	Kaplan Spanning	Theod. Selting	48	48
12.	Rhede	Kaplan Dr. Schöne	Joh. Wessels	352	341
13.	Stadtlohn	Vikar Wähning	Joh. Bockwinkel	653	653
14.	Südlohn	Kaplan Meyer	Bernh. Paß	129	129
15.	Velen	Dechant Timmen	Jos. Reiker	30	30
16.	Vreden	Kaplan Lefert	Aug. Lastring	195	196
17.	Weseke	Kaplan Morisse	Wilh. Mühlenkamp	39	41
				4900	4795

Lfd. Nr.	Vollbesch.	Vollerwerbsl.	Kurzarb.	Inval.	unter 21	21—25	25—35	35—45	über 45 Jahr.
1	51	41	46	8	—	18	24	26	78
2.	17	46	12	10	14	—	18	21	32
3.	234	458	280	77	42	92	239	162	514
4.	138	180	101	74	—	4	103	101	285
5.	101	79	81	51	3	16	55	82	156
6.	370	202	251	64	9	48	251	146	433
7.	15	21	13	7	1	4	11	10	30
8.	10	35	24	15	—	—	8	27	49
9.	135	10	—	15	20	25	35	30	50
10.	40	80	8	7	—	10	35	23	17
11.	3	34	5	6	—	2	5	10	31
12.	55	98	160	28	29	58	57	69	128
13.	400	102	89	62	40	100	150	143	220
14.	43	7	70	9	3	5	36	43	42
15.	2	22	3	3	—	1	2	9	18
16.	80	80	30	6	20	30	30	50	66
17.	22	6	8	5	—	7	11	15	8
	1716	1466	1161	447	181	430	1070	967	2157

Verschärfte Ueberwachung des Lastwagenverkehrs.

× Der Preußische Minister des Innern hat durch Runderlaß vom 31. Januar 1933 verfügt, daß bei Feststellung von erheblichen Ueberladungen der Lastkraftwagen mehr als bisher anzuordnen ist, daß eine Weiterfahrt der überladenen Kraftfahrzeuge unterbleibt. Dasselbe gilt, wenn Kraftfahrzeuge oder Anhänger mit stark abgefahrener Vollgummibereifung angetroffen werden. Bei den vorzunehmenden Kontrollen soll gleichzeitig auch die Einhaltung der Geschwindigkeitsbeschränkungen durch die nicht an allen Rädern mit Luftbereifung versehenen Fahrzeuge überwacht werden. Ferner soll die Kontrolle der vorschriftsmäßigen Beleuchtung verschärft werden. Mit aller Schärfe soll gegen die in letzter Zeit immer mehr eingerissene Unsitte vorgegangen werden, nur einen der beiden Scheinwerfer abzublenden oder das Licht eines Scheinwerfers zu löschen. Derartiges Abblenden stellt eine außerordentlich große Verkehrsgefahr dar und ist verboten. Die Entfernung der Anlagen, die eine solche einseitige Schaltung der Scheinwerfer ermöglichen, soll polizeilich gefodert werden.

Geschäftliches.

Worauf es ankommt!

Die tägliche Kleinarbeit an der Gesundheit, die persönliche Körperpflege, soll nicht unbedacht getan werden. Wenn sie ihren Zweck vollkommen erfüllen soll, muß das „Werkzeug" zur Gesundheitspflege zweckmäßig und hochwertig sein. Das kann von den Odol-Produkten zur Zahn- und Mundpflege mit gutem Gewissen behauptet werden. Odol ist ein antiseptisches und im Verbrauch sehr sparsames Mundwasser. Die Odol-Zahnpasta ist so feinkörnig, daß sie die Zähne schont, sie aber dennoch schön weiß macht. Dabei ist sie im Geschmack erfrischend und angenehm. Die Odol-Zahnbürste mit ihrem jedermann leicht verständlichen besonders Zweckmäßigen Borstenschnitt ermöglicht es, die Zähne und Zahnzwischenräume wirklich zu reinigen. Odol-Mundwasser, Odol-Zahnpasta und Odol-Zahnbürste, die in ihrer sinnvollen gegenseitigen Ergänzung ein Höchstmaß von Zweckmäßigkeit bilden, weisen — verbunden mit ihren wertvollen Eigenschaften — jedem einen sicheren Weg, weiße und gesunde Zähne und frischen Atem zu erhalten.

Aus der Umgegend.

Stadt Anholt.

× **Katholische Volksschule.** Am 31. März wurden an der kath. Volksschule 11 Knaben und 10 Mädchen entlassen. Schulpflichtig werden für die kath. Volksschule 8 Knaben und 7 Mädchen. Wiederbeginn des Unterrichts ist am 21. April.

× **Altersjubilare.** Am 3. April vollendete der Hobelschreiner Johann Tepaß (Eiermarkt) sein 73. Lebensjahr. Trotz seines hohen Alters geht er noch täglich seinem Berufe als Hobelschreiner nach. Auf 70 Jahre können zurückblicken am 14. 4. Gerhard Flüür und am 23. 4. Heinrich Roes-Biesemann. Frau Cath. Heumann vollendet am 28. 4. ihr 71. Lebensjahr. Ueber besonders große Rüstigkeit verfügt Witwe Zimmermann, die am 28. 4. in das 85. Lebensjahr eintritt. Allen Jubilaren auch unseren herzlichsten Glückwunsch!

× **Filmvorführung.** Die Bocholter Lichtspiele veranstalteten am Sonntag und Montag im Saale Vennemann eine Filmvorführung. Gezeigt wurden zahlreiche interessante Bilder aus dem Zirkus Krone und aus dem Fischereibetrieb. Der Hauptfilm war betitelt: „Die Tat des Abbés Montmoulin". Der Film zeigte in ergreifender Weise die Leidensgeschichte eines Priesters, der ein Opfer des Beichtgeheimnisses wurde. Unschuldig verfolgt und mißhandelt, ins Gefängnis geworfen, ja zum Mörder gestempelt und zum Tode verurteilt, erduldete er alles lieber, als daß er seine heilige Pflicht verletzte. Die Vorführungen hatten eine recht zahlreichen Besuch aufzuweisen und fanden allenthalben großen Beifall.

Aus Dingden.

Sitzung der Gemeindevertretung.

a Am morgigen Mittwoch findet nachmittags um 3 Uhr im Sitzungssaale des Amtshauses in Dingden eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte.

1. Einführung der Gemeindevertreter.
2. Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl.
3. Wahl des Vorstehers, seines Stellvertreters und des Beigeordneten.
4. Wahl der Kommissionen.
5. Anhörung der Vertretung zu dem Organisations- und Stellenplan des Amtes Dingden.
6. Endgültige Anstellung des Polizeioberwachtmeisters Klein-Vehne.
7. Vergebung der Straßenbauarbeiten.
8. Antrag auf Einfriedigung des Schulplatzes im Dorfe.
9. Antrag des Jünglingsvereins auf Gewährung einer Beihilfe für den Sportverein.
10. Vorschlag der Reichsbahn auf Uebernahme der Unterhaltungskosten eines Teiles des Eisenbahnparallelweges an der Molkerei auf die Gemeinde.
11. Antrag Bußkönning auf Uebernahme einer Hypothek.
12. Verschiedenes.

i Hohes Alter. Ihren 80. Geburtstag konnte die Witwe Hermann Jansen in körperlicher und geistiger Frische begehen. Die Jubilarin, die aus Millingen gebürtig ist, verbringt, nachdem sie über 30 Jahre in Bocholt wohnhaft war, seit 7 Jahren ihren Lebensabend bei ihrem Schwiegersohn, dem Malermeister Herm. Hitpaß. Der langjährigen Leserin unserer Zeitung gratulieren wir herzlich zum Wiegenfeste.

× **Schulentlassung.** Aus den Schulen des Amtes Dingden wurden insgesamt 38 Kinder (18 Knaben und 20 Mädchen) entlassen. Diese verteilen sich auf die einzelnen Schulen wie folgt: Schule Dorf 7 Knaben und 9 Mädchen, Schule Berg 4 Knaben und 4 Mädchen, Schule Lankern 4 Knaben und 3 Mädchen, Schule Nordbrock 3 Knaben und 4 Mädchen.

× **Mandat als Gemeindeverordneter niedergelegt.** Auf Grund der Verordnung vom 22. März, wonach Gemeindearbeiter usw. nicht mehr Mitglieder der Gemeindevertretungen sein können, legte der Gemeindearbeiter Gerhard Nienhaus sein Mandat nieder. An seine Stelle tritt der Arbeiter Gerhard Kosthorst.

Generalversammlung des Junggesellen-Schützenvereins.

i Am Sonntag hielt der Junggesellen-Schützenverein im Saal des Ehrenmitglieds Cl. Schmitz unter sehr zahlreicher Beteiligung seine Generalversammlung ab. Der Major Heinz Wichmann eröffnete die Versammlung und begrüßte die Erschienenen. Sodann wurde vom Schriftführer Terörde das Protokoll der letzten Versammlung verlesen. Nach dessen Genehmigung gab Major Wichmann einen Rückblick auf das vergangene Geschäftsjahr. Die Einnahmen betrugen 1229,27 M, die Ausgaben 1113,— M. Nach Prüfung der Kasse, die von zwei Revisoren getätigt wurde, fand der Kassenbericht seine Genehmigung. Hierauf schritt man zur Wahl der satzungsgemäß ausscheidenden fünf Vorstandsmitglieder. Zunächst gab Major Wichmann bekannt, daß er aus gewissen Gründen sein Amt als Major niederzulegen gezwungen sei. Diese Nachricht löste allgemeines Bedauern in der Versammlung aus. War doch unser Major lange Jahre hindurch ein eifriges und sachkundiges Vorstandsmitglied, der es verstanden hat, den Verein während seiner Amtszeit auf eine hohe Blüte zu bringen. Durch sein Scheiden verliert der Verein ein tatkräftiges Mitglied, das sich sehr um den Verein verdient gemacht hat. Als Nachfolger wurde das vom scheidenden Major vorgeschlagene Mitglied Wilh. Daniels einstimmig durch Zuruf gewählt. Er versprach, den Schützenverein in der alten Tradition weiterzuführen. Die übrigen Wahlen, die sämtlich durch Stimmzettelwahl getätigt wurden, zeitigten folgendes Ergebnis: Feldwebel Franz Freesmann; Fähnrich Franz Niemann; Offizier Bernh. Bömken. Unter lebhaftem Bravo wurde die einstimmige Wiederwahl des Schriftführers Bernh. Terörde vorgenommen. Als zweiter Schriftführer ging Herm. Arping aus der Wahl hervor. Herr Wichmann sprach den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern im Namen des Vereins herzlichen Dank für ihr Wirken aus. Seitens der Mitglieder wurde dem ausscheidenden Major ein dreifach kräftiges Schützenheil ausgebracht. Sodann sprach der Vorsitzende der D.J.K. dem Schützenverein für die Spende, die die D.J.K. vom Schützenverein erhalten hat, herzlichen Dank aus. Ebenso hatte die Freiwillige Sanitätskolonne eine schriftliche Danksagung eingereicht. Hierauf wurde stehend das Deutschlandlied gesungen. Ein Hoch auf das deutsche Vaterland und ein dreifaches „Gut Schuß!" bildete den Schluß der in allen Teilen gut verlaufenen Versammlung.

Aus dem Amt Rhede.

Rhede

Morgen Amtsversammlung.

= **Morgen** (Mittwoch) vormittag 9,30 Uhr findet im Amtshause die erste Sitzung der neuen Amtsvertretung statt. Auf der Tagesordnung stehen folgende Gegenstände:

1. Beschluß über die Gültigkeit der Wahl zur Amtsversammlung.
2. Einführung und Verpflichtung der neugewählten Amtsverordneten.
3. Wahl des ersten und zweiten Amtsbeigeordneten.
4. Wahl der Fürsorgekommission.
5. Wahl der Finanzkommission.
6. Wahl der Baukommission.
7. Wahl des Ortsausschusses für Jugendpflege
8. Anhörung der Amtsversammlung über die Feststellung des Stellen- und Organisationsplanes der Amts- und Kassenverwaltung.
9. Beschlußfassung über die vorläufige Fortführung des Haushaltes bis zur Verabschiedung des Haushaltsplanes 1933.

s **Bestandene Reifeprüfung.** An der Oberrealschule der kath. Schulbrüder in Illertissen bei Ulm an der Donau bestand am Samstag der Oberprimaner Josef Terhardt, Sohn des Kaufmanns Josef Terhardt (Markt), seine Reifeprüfung mit dem Prädikate „Gut". Der junge Abiturient wird sich dem Studium der Pharmazie widmen.

t **Ein Langfinger gefaßt.** Gestern nachmittag hatte ein junger Mann aus Bocholt bei einem hiesigen Wirt Zigaretten, Schokolade und einige Mark Kleingeld gestohlen. Er war bereits auf dem Wege nach Bocholt, als ihn der Wirt stellen konnte. Er wurde alsdann sofort der Polizei, die inzwischen verständigt war, übergeben.

Vardinghölt

t **Schulentlassung.** Am heutigen Tage werden aus der hiesigen Schule Spoler 6 Kinder (3 Knaben, 3 Mädchen) entlassen. Als Abschluß der Schulzeit und des Schuljahres findet heute morgen eine Schulmesse statt. In den anderen Gemeinden ist die Entlassung bereits am Freitag vergangener Woche erfolgt.

Altrhede

t **Schützenfest.** Die Mitglieder des hiesigen Schützenvereins beschlossen am Sonntag, daß das diesjährige Schützenfest am 7. und 8. Mai wie bisher im Festzelt gefeiert werden soll.

Krechting

s **Sonderbare Hygiene.** Aus unserem Heimatdörfchen zog ein Student der Medizin zur Universität. Und als er in den Vorträgen über Hygiene auch von dem Schaden hörte, der unsere Gesundheit beeinträchtigt, wenn die Fingernägel nicht sauber gehalten werden, drang er bei seinen jüngeren Brüdern auf regelmäßige Nagelpflege. Als der Herr Studiosus jetzt aus dem Semester heimkehrte, fragte er die Mutter, wie es mit der Fingernägelpflege sei. Da antwortete sie ihm: „Ja, Josef mät sick de Fingernägel wall reine, aber middags an Diß un dann met de Gabel!"

s **Auch hier Wilderer am Werk.** In den nahen Bennnasbergen wurden dieser Tage 3 Wilderer gesichtet. Ein Aufseher, der sofort verständigt wurde, nahm sich der Sache an. Die Wilderer nahmen Reißaus, sobald sie sich verfolgt fühlten. Auf einen Hund, den die Wilderer mit sich führten, wurde ein Schuß abgegeben, der aber wohl wegen der zu großen Entfernung fehl ging. Die Täter konnten unerkannt entkommen.

Krommert

t **Schützenverein Renzelhook.** Am Sonntag versammelten sich die Mitglieder des Schützenvereins. Nach kurzer Debattierung wurde beschlossen, trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage das diesjährige Schützenfest am 8. und 9. Mai auf dem Hofe des Landwirts Josef Nachtigall wie in den sonstigen Jahren zu feiern.

Ist Fortuna wankelmütig?

i Unter der Ueberschrift „Fortuna ist wankelmütig" brachten wir in der Sonntagsausgabe unserer Zeitung eine Nachricht, die es mehr als zweifelhaft erscheinen ließ, ob die Rheder Gewinner des bekannten großen Lotteriegewinnes wirklich in den Besitz der großen Geldsumme gelangen würden, da der Lotterieeinnehmer mit dem Geld auf und davon ist.

Im Laufe des Sonntages bildete diese eventuelle wankelmütige Gebaren der Glücksgöttin das Hauptgesprächsthema des Tages. In allen Lokalen und in den meisten Familien wurde über dieses sensationelle Thema lebhaft und ausgiebig diskutiert. Da auch Zuschriften zu dieser Frage Stellung nahmen, glauben wir, mit folgenden Ausführungen den Kern der Sache erfaßt zu haben.

Bei Forderungen im gewöhnlichen Leben verhält sich die Angelegenheit folgendermaßen: A schuldet B beispielsweise 1000 M. Er gibt dem C die Summe, der sie B aushändigen soll. Unterschlägt C aber das Geld, so muß A trotzdem dem B das Geld bezahlen. Der Schuldner bleibt also juristisch dem Gläubiger haftbar, wenn die Mittelsperson, die mit der Zahlung beauftragt war, aus irgend einem Grunde die Zahlung nicht ausführt. Die meisten Leute glauben nun, diesen Rechtsstandpunkt auf den Lotteriefall anwenden zu können und sagen sich demnach: die Preußische Klassenlotterie ist auf jeden Fall rechtlich verpflichtet, dem Gewinner seinen Gewinn auszuzahlen, auch wenn der Lotterieeinnehmer mit dem Geld durchgebrannt ist. Ganz so klar ist der Fall doch nicht.

Das Lotteriespiel ist ein Glücksspiel, wenn es auch staatlich sanktioniert ist!

Spiel- und Wettgewinne sind aber im gewöhnlichen Leben nicht einklagbar. Daher das Wort: Spielschulden sind Ehrenschulden. Demnach hält der Staat also im gewöhnlichen Leben Glücksspiele und Wetten für unmoralisch. Wenn aber die Länder mit der Lotterie eine Ausnahme machen und dieselbe selbst in die Hand nehmen, so tun sie es einmal, um den nun einmal vorhandenen Spieltrieb in geordnete Bahnen zu lenken, zum andern, weil bei der Lotterie seitens der Länder ein gutes Stück Geld verdient wird. Man sieht hieran, daß die Rechtsgrundlage als solche schon recht wacklig ist. Weiterhin hat die Lotterie nur ein Vertragsverhältis zu dem Lotterieeinnehmer, nicht aber zu dem Spieler. Daher auch die Arbeitsgemeinschaft der Lotterieeinnehmer, von der wir am Sonntag berichteten. Diese übernahm noch bis vor zwei Jahren die Haftung für etwaige Verluste und Veruntreuungen der Gewinne seitens ihrer Mitglieder. Eine solche Einrichtung wäre nicht nötig gewesen, wenn die Lotterie ohne weiteres für eine Unterschlagung wie in unserm Falle aufkäme.

Anderseits muß man sich ja auch wieder sagen, daß die Preußische Klassenlotterie wohl so geschäftstüchtig sein wird, daß sie den Gewinn doch auszahlen wird, wenn auch die unterschlagene Summe nicht wieder herbeigeschafft werden kann. Ein Nichtauszahlen des Gewinnes würde bestimmt eine große Anzahl Spieler abschrecken und ein Massenabwandern der Lotteriespieler zur Folge haben. Die Lotterie wird also wohl das kleinere Uebel wählen und den Gewinn auszahlen, wenn sie auch rechtlich nicht dazu verpflichtet ist. Weiterhin ist es wahrscheinlich, daß man den ungetreuen Lotterieeinnehmer erwischen wird.

Wenn wir uns nach diesen Ueberlegungen fragen, ob Fortuna, die uns vor Wochen in Rhede huldvollst zulächelte, sich im entscheidenden Moment doch noch von uns abwenden will, so können wir in diesem Falle mit ruhigem Gewissen antworten: „Fortuna, wir bauen auf dich!"

Borken

Aufsehenerregende Verhaftungen.

= In Paderborn wurden zwei jüdische Geschäftsleute, die aus Gemen stammen, verhaftet. Sie hatten dort einen SA.-Boykottposten vor einem jüdischen Geschäftshaus photographiert. Sie wurden deshalb verhaftet; auch wurde ihr Kraftwagen sicher gestellt. Inzwischen wurde auf Veranlassung der Paderborner Staatsanwaltschaft in Gemen eine Haussuchung vorgenommen. Man vermutet, daß die Photographen die Absicht hatten, die Bilder ins Ausland zu bringen.

Am Sonntag wurde ferner der hiesige Synagogendiener verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Er befindet sich noch in Haft. Ueber den Grund der Verhaftung, die mit der Boykottaktion nichts zu tun hat, kann näheres nicht mitgeteilt werden.

Vom Niederrhein.

Isselburg

r **Vom Standesamt.** Im Monat März gelangten auf dem hiesigen Standesamt 4 (6) Geburten, 0 (0) Eheschließungen und 5 (3) Sterbefälle zur Anmeldung. Die eingeklammerten Zahlen gelten für den Monat März 1932.

r **Unglücksfall.** Ein hiesiger Fuhrunternehmer erlitt einen Unfall. Er war nach auswärts gefahren, um Dünger zu holen. Während der Fahrt erlitt er einen Schlag mit der Deichsel und wurde gegen eine Wand gedrückt. Man brachte den Verunglückten ins hiesige Krankenhaus, wo eine Schulterverletzung und Verletzungen am Kopf festgestellt wurden.

Wertherbruch

Glück im Unglück.

a Der Knecht der Witwe J. Hübers (Helderloh) fuhr am Sonntagmorgen zur hiesigen Molkerei, um Milch abzuliefern. Auf dem Rückweg zerriß in der Nähe der Post das Pferdegeschirr (Kippriemen). Da das Hinterteil der Karre auf dem Boden aufschlug, scheute das Pferd. Der Knecht, der die Situation übersah, konnte sich durch Abspringen retten, bevor die Karre gegen einen Baum geschleudert wurde und das Pferd in einen Schaugraben fiel. Zum Glück konnte man das Tier durch tatkräftige Unterstützung der in der Nähe wohnenden Landwirte bald aus seiner unangenehmen Lage befreien, ohne daß es Schaden litt. An der Karre wurde ein Baum gebrochen, außerdem flossen einige Kannen mit Magermilch in den Graben.

d **Diebstähle.** In letzter Zeit wurden in hiesigen Geschäften mehrere Einbruchsdiebstähle verübt. Wie wir hören, ist es jetzt der Polizei gelungen, die Täter ausfindig zu machen. Diese haben schon mehrere Einbruchsdiebstähle, die schon längere Zeit zurückliegen, eingestanden.

Ringenberg

ö. **Die Gemeindekasse** fordert die Beiträge für die Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft an, die bis zum 10. April zu zahlen sind. Ebenso wird an die fälligen Raten der Bürgersteuer erinnert.

ö. **Wiederwahl angenommen.** Gemeindevorsteher Gossen, der bei seiner Wiederwahl sich die Zusage noch vorbehalten hatte, hat die Wahl bereits angenommen.

Haldern

d **Kirchenküster.** Der Posten des Kirchenküsters war seit dem Kriege verwaist. Jetzt hat der Kirchenvorstand in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Kassengehilfen Reinhard Booms von hier als Küster sowie auch als Rendanten für die Kirche und für das Krankenhaus anzustellen. Dieser Beschluß wurde von der bischöflicher Behörde genehmigt.

d **Entlassung der Schulkinder.** An der hiesigen kath. Volksschule wurden 12 Schulkinder entlassen. 34 Schulneulinge wurden aufgenommen. — An der kath. Volksschule in Schledenhorst kamen 11 Kinder zur Entlassung. 16 Kinder wurden in die Schule aufgenommen.

d **Festnahme von Kommunisten.** Durch die Polizei und Landjägereibeamten in Verbindung mit der S.A. wurden am vergangenen Samstag zahlreiche Wohnungen von kommunistischen Funktionären durchsucht. Hierbei sind der Polizei Waffen und verbotene Druckschriften in großer Anzahl in die Hände gefallen. Vier kommunistische Funktionäre wurden in Schutzhaft genommen.

d **Zusammenstoß.** Zwei Radfahrer, ein 20jähriger Mann und ein Schulkind, fuhren zusammen, da das Schulkind nicht die rechte Straßenseite eingehalten hatte. Das Fahrrad des Schulkindes wurde beschädigt, das des jungen Mannes nicht. Verletzt wurde niemand.

d **Tierarzt.** Im Hause des Gastwirts Wilhelm Wissing hat sich seit dem 1. April 1933 der Tierarzt Dr. med. vet. Arnold Haal niedergelassen. Ein von den hiesigen und in der Umgegend wohnenden Landwirten lang gehegter Wunsch ist nunmehr endlich in Erfüllung gegangen.

Verantwortlich: Für Politik Chefredakteur Dr. Maier, für Westdeutschland F. W. Schulze, für Feuilleton Peter Schlauk, für Handel und Sport Dr. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. für Münster und das Münsterland Dr. Fritz Stricker, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Ernst Häfner, Berlin-Lichterfelde. Für den lokalen Teil: H. Schmitt, für den lokalen Anzeigenteil: St. Jsopp, beide in Bocholt. Verlag: J. & W. Temming, Bocholt. Druck: „Jeno" G.m.b.H., Münster i. W.



FISSER

Sparer heraus!

Wann und wo hätte es beste

Qualitäts - Herren - Kleidung

preiswerter gegeben, als jetzt im großen Fisser - Jubiläums-Verkauf! Bedenken Sie, daß jede einzelne Leistung ein Beweis für 30jährige erfolgreiche Arbeit sein soll. Bedenken Sie, daß im Rahmen dieses Jubiläums mehr geboten wird, als es wohl in den letzten Jahren der Fall war — und auch in den nächsten Jahren der Fall sein wird! Ueberzeugen Sie sich selbst — und besuchen Sie unverbindlich das Haus 25026

J. B. FISSER

Westmünsterlands größtes Spezialhaus für Herren- u. Knabenkleidung

Aus Münster und dem Münsterland.

Die erste Stadtverordnetensitzung in Münster

Hindenburg und Hitler Ehrenbürger.

△ **Münster,** 3. April.

Am Montag morgen fand die erste Sitzung des neugewählten Stadtverordnetenkollegiums statt. Wie in anderen Städten, hatte man der Eröffnung einen feierlichen Rahmen gegeben. In der Stadt- und Marktkirche St. Lamberti fand für die katholischen Stadtverordneten in der Apostelkirche für die evangelischen Stadtverordneten ein feierlicher Gottesdienst statt. Die Nationalsozialisten nahmen geschlossen in ihren Uniformen, begleitet von einer Abteilung SA. mit Fahne, an der kirchlichen Feier teil. Die Vertreter der übrigen Parteien waren in Schwarz erschienen.

Nach dem Gottesdienste zogen die Abgeordneten zum Rathause, wo im Festsaale des altehrwürdigen Rathauses die erste Sitzung vom Oberbürgermeister Dr. Zuhorn eröffnet wurde. In seiner Eröffnungsrede wies er auf die beiden großen westfälischen Männer, die dem deutschenn Volke die Selbstverwaltung gebracht hätten, Freiherrn vom Stein und Freiherrn von Vincke, hin. Zum Stadtverordnetenvorsteher wählte man den Nationalsozialisten Steuerobersekretär Hillebrand. Zum stellv. Vorsteher wurde Postinspektor Boyer vom Zentrum gewählt. Die Sozialdemokraten enthielten sich beide Male der Stimme. Der neue Stadtverordnetenvorsteher ließ über den ersten Antrag an das neue Kollegium, der Hindenburg und Hitler die Ehrenbürgerschaft von Münster antrug, abstimmen. Der Antrag wurde mit Beifall der Nationalsozialisten einstimmig angenommen. In seiner programmatischen Erklärung stellte der Fraktionsführer der Nationalsozialisten, Rechtsanwalt Querfeld, einen Antrag auf Umbenennung folgender Straßen: Der Friedrich-Ebert-Platz wird wieder in Hansaplatz zurückbenannt, die Bahnhofstraße führt nunmehr den Namen Adolf-Hitler-Straße, die Südstraße den Namen Albert-Leo-Schlageter-Straße, die Hafenstraße den Namen Horst-Wessel-Straße und die Nordstraße den Namen Hermann-Göring-Straße.

Im Namen der Zentrumsfraktion gab der Vorsitzende der Partei, Studienrat Dr. Dieckmann, eine kurze Erklärung ab, die die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit am nationalen Aufbau des Staatswesens zum Ausdruck brachte. Die Wahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder und der Kommissionsmitglieder erfolgte durch Zuruf einstimmig, da in vorhergegangenen Verhandlungen eine Einheitsliste zustande gekommen war. Die Sozialdemokraten sind in keinem der Ausschüsse vertreten. Deshalb erklärte nach der Wahl Stadtv. Niemeyer, daß für sie die Sitzung beendet sei. Der Auszug der Sozialdemokraten wurde aus dem Zuhörerraum mit Händeklatschen begleitet.

Die erste Sitzung des neuen Parlamentes schloß mit dem Horst-Wessel- und dem Deutschlandslied.

Ein kommunales Zwischenspiel.

Nun haben also auch in Münster Zentrum und NSDAP. in der Stadtverordnetensitzung den Weg zur Zusammenarbeit gefunden. Erschwert wurde dieser Weg dadurch, daß die NSDAP. verlangte, die Zentrumsstadtverordneten Reichstagsabgeordneter Kampschulte und Dr. Stricker hätten aus sämtlichen Ausschüssen fernzubleiben. Um die Zentrumspartei, die sich gegen diese Zumutung sträubte, aus ihrer schwierigen Lage zu befreien, erklärten sich die beiden Stadtverordneten freiwillig bereit, auf ihre Entsendung in die Ausschüsse zu verzichten. Der Grund für die Ablehnung der beiden Kommunalpolitiker durch die NSDAP. ist zu suchen in ihrer aktiven Tätigkeit im Wahlkampf. Die Münsterische Zentrumspartei, die den Verzicht annahm, hat gleichzeitig in einer Erklärung Herrn Dr. Stricker und Herrn Kampschulte für ihre Opfergesinnung den besten Dank ausgesprochen und ihre Verdienste um die Entwicklung der Stadt Münster und die Zentrumspartei aufrichtig gewürdigt. Herr Kampschulte und Herr Dr. Stricker haben an der Eröffnungssitzung des Stadtparlaments nicht teilgenommen und sich vorbehalten, ihre Mandate niederzulegen, gleichzeitig aber erklärt, daß sie in ihrer Arbeit für die Partei nicht nachlassen würden.

Zur Auflösung des Landeskulturamts Münster.

△ **Münster,** 3. April.

Infolge der am 1. April in Kraft getretenen Auflösung der Landeskulturämter sind mit dem gleichen Tage vom Landeskulturamt Münster in den einstweiligen Ruhestand getreten: Präsident Hesselt, Gerichtsdirektor Dr. Hill, die Oberregierungsräte Delius und Keune, Rechnungsrevisor Nordmann, Oberinspektor Kaul und Inspektor Danker. Landeskulturamtspräsident Hesselt wurde 1872 in Coesfeld geboren, an dem er stets mit besonderer Liebe hing, und leitete seit dem 1. September 1920 das Landeskulturamt als Nachfolger des Präsidenten Ascher. Zu Ehren der sieben scheidenden Herren fand im Fürstenhof eine Abschiedsfeier statt, an der u. a. Oberpräsident Frhr. v. Lüninck, Regierungspräsident Dr. Pünder und Landeshauptmann Dr. Dieckmann teilnahmen. In beredten und herzlichen Worten erkannte Oberpräsident Frhr. v. Lüninck das Wirken und Schaffen des Präsidenten Hesselt und die erfolgreiche Tätigkeit der anderen Herren an, während Landeskulturdirektor König (übrigens ein Sohn des wissenschaftlich hochbedeutenden Begründers und Leiters der Landw. Versuchsstation in Münster) vor allem die weise Zügelführung wie auch das außerordentliche Wohlwollen und die väterliche Güte des scheidenden Präsidenten Hesselt hervorhob.

Die Zollbeamten tagen in Münster.

«md» **Münster,** 3. April.

Zum 15. ordentlichen Verbandstag des Bezirksverbandes Münster des Bundes deutscher Reichszollbeamten trafen sich am 1. und 2. April die Zollbeamten des Bezirksverbandes Münster. Zu der Tagung, die am Samstag morgen im Bahnhofsrestaurant in Münster begann, hatten sich mit einer Ausnahme sämtliche Vertreter des Bezirks eingefunden, so daß aus allen größeren Orten Westfalens, insbesondere aus den Grenzstädten Westfalens, die Vereinsvertreter erschienen waren. Sie alle hieß der Vorsitzende des Vereins Münster herzlich willkommen. Er konnte insbesondere begrüßen Oberregierungsrat Zumloh (Münster) als Vertreter des Landesfinanzamtsdirektors, Regierungsrat Krümmel vom Landesfinanzamt Münster und den Vorsitzenden des Bundes der Zivildienstberechtigten Basch (Münster). Nach den Begrüßungsworten des Oberzollsekretärs Becker eröffnete der Verbandsvorsitzende, Oberzollinspektor Kirchhoff, den 15. Verbandstag, der es als das erste Ziel des Verbandes bezeichnete, der Oeffentlichkeit ein Bild der Einheit und Geschlossenheit des Verbandes zu bieten.

Nach Feststellung der erschienenen Vertreter u. a. aus Dortmund, Gronau, Rheine, Vreden, Anholt, Bocholt, Alstätte, Stadtlohn usw. fand eine Ehrung des früheren Vorsitzenden des Bezirksverbandes Münster, Pfänder (Gronau), statt, der jahrelang als Vorsitzender des Verbandes diesen mit großer Umsicht geleitet hatte. Er wurde zum Ehrenvorsitzenden des Verbandes ernannt. — Die Leitung der Tagung übernahm der 2. Vorsitzende des Verbandes, Stille, der sofort die Beratungen eröffnete. Der 1. Vorsitzende Kirchhoff erstattete den Jahresbericht. Er betonte, daß fast auf allen Sitzungen die Belange der unteren Besoldungsgruppen zur Sprache gestanden hätten. Keine Verwaltung in Deutschland sei so verbunden mit der Wirtschaft, wie die Zollbeamten. Der ausgedehnte Schmuggel hätte zur Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft mit den Bezirken Köln und Düsseldorf geführt, die sich bislang sehr vorteilhaft ausgewirkt habe. Die Beziehungen zum Reichsbund Deutscher Zivilberechtigter wurden als gut und freundschaftlich bezeichnet. Der Berichterstatter machte sodann noch Mitteilung über die augenblicklichen Vorbereitungen zur Feier des 100-jährigen Bestehens des Deutschen Zollvereins. Die Feier werde am 10. Juni stattfinden. — Nachdem noch der Vertreter des Reichsbundes Deutscher Zivilberechtigter das gute Zusammenarbeiten zwischen den beiden Verbänden hervorgehoben hatte, wurde der Jahresbericht wiedergegeben, in welchem darauf hingewiesen wurde, daß das verflossene Jahr der Reichszollbeamtenschaft mancherlei Enttäuschungen gebracht hätte. Große Gefahren ständen dem Berufsbeamten bevor. Festes Vertrauen zur Organisation und größte Einigkeit unter den Kollegen seien die unbedingten Erfordernisse der Gegenwart. — Im Verlauf der Beratungen nahm Oberfinanzamtspräsident Ronge das Wort, der seinem regen Interesse für die Belange des Bundes Ausdruck gab und hervorhob, daß der Zollbeamte, heute eine Kampftruppe, stets seine Pflicht getan habe. Das werde auch in diesen Tagen so sein.

★

△ **Münster,** 3. April. **Austritt des Bundes der Verwaltungsbeamten aus dem A. D. B.** Wie uns der Bund der Beamten und Anwärter der Reichs- und Staatsverwaltungen, Bezirk Rheinland-Westfalen-Lippe, mitteilt, ist er mit sofortiger Wirkung aus dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund ausgeschieden. Er hat sich dabei von dem Glauben leiten lassen, daß es dem Verwaltungsbeamtenbunde im Rahmen des A. D. B. nicht möglich sei, in dem erforderlichen Maße an der Neugestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse mitzuwirken, die im Interesse des deutschen Volkes von der Reichsregierung beabsichtigt ist. Der B. B. A. stellt sich deshalb vorbehaltlos hinter die Reichsregierung und hofft mit seinen Kräften zum Besten des Volkes mithelfen zu können.

«md» **Münster,** 3. April. **Personalveränderungen.** Durch Erlaß des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 25. März ist der Schulrat Dr. Appens in Gelsenkirchen-Buer IV vom 20. März ab in den Schulaufsichtskreis Münden-Uslar und der Schulrat Wolze in Hann.-Münden vom gleichen Zeitpunkt ab in den Schulaufsichtskreis Gelsenkirchen-Buer IV versetzt worden

△ **Münster,** 3. April. **Rekordbesuch der Großen Bauausstellung.** Bis zum Samstag abend hatten bereits 20 700 zahlende Besucher Karten für die Große Bauausstellung gelöst. Gestern vormittag wurden weitere 1000 Karten verkauft, so daß man mit einer Gesamtbesucherzahl von 25 000 rechnen kann.

△ **Haltern,** 3. April. **Ungewollte Rekonstruktion des Halterner Unglücks. — Zusammenstoß.** Zu einer ungewollten Rekonstruktion des furchtbaren Halterner Unglücks kam es wiederum an der Gefahrenstelle am Markt an der Rekumer Straße. Ein Lastkraftwagen der Firma Lohmann aus Versmold — ein Auto dieser Firma war bekanntlich auch an dem tragischen Explosionsunglück beteiligt — kam von der Rekumer Straße und bog langsam um die Rathausecke. Plötzlich mußte er abstoppen. Von der Mühlenstraße war ebenfalls ein schwerer Wagen gekommen und war ihm fast in die Flanke gefahren wie damals. Nach einigen Steuerungsmanövern konnten die Wagen die Fahrt fortsetzen. Dieses Unglück ereignete sich am hellen Tage trotz mehrmaliger Signale der beiden Wagen! Wann besinnt man sich in Haltern endlich dazu, hier an der Menschenfalle Abhilfe zu schaffen Dieser neuerliche Vorfall geschah in der gleichen Weise wie in der Unglücksnacht.

Der Frühgemüsebau im Ruhrgebiet vom volkswirtschaftlichen Standpunkt.

Essen, 3. April.

Ueber die Möglichkeiten eines erfolgreichen und rentablen Frühgemüsebaues in Deutschland und namentlich im Ruhrgebiet sind die Meinungen auch heute noch geteilt. Wir kennen alle die Maßnahmen der Jahre 1926—28, aus den Mitteln der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge arbeitslosen Bergleuten auf ihren Kotten durch die Anlage von Glashäusern usw. im Frühgemüsebau die Grundlage einer neuen Existenz zu geben. Mangel an Erfahrung, mangelnde Voraussetzungen in bezug auf die persönliche Eignung, die hohen Zins- und Amortisationslasten u. a. m. haben vielfach dazu geführt, daß der erhoffte Erfolg ausblieb und Mutlosigkeit eintrat. Die Bemühungen, hier Abhilfe und Besserung zu schaffen, sind jedoch nicht eingeschlafen, sondern mit Eifer und Tatkraft fortgeführt worden. In einer Beispielswirtschaft in Hattingen haben der Leiter der Landwirtschaftlichen Versuchsbetriebe und der wissenschaftlichen Abteilung der Deutschen Amoniak-Verkaufs-Vereinigung in Bochum, Dr. Kilbinger, und der Leiter der Beispielswirtschaft für Gemüsebau des Ennepe-Ruhr-Kreises, Gartenbauinspektor Schmitt, gemeinsam umfangreiche Versuche unternommen, die grundsätzliche Neuerungen auf dem Gebiete der Bewirtschaftung des Frühgemüses zum Ziel hatten und bereits, wie sich bei einer Besichtigung der Anlage zeigt, in vielverheißendem Maße erbracht haben. Die volkswirtschaftliche Bedeutung solcher Versuche und ihrer Nutzbarmachung wird offenbar, wenn man sich vor Augen hält, daß in den Monaten Januar bis März fast 90 Prozent aller Frühgemüse aus dem Auslande nach hier eingeführt wird, von März bis Mai etwa noch 60 Prozent, von Mai bis Juli ungefähr 30—40 Prozent, von Juli bis September dagegen nur noch wenige Prozente; vom September bis zum Eintritt des Frostes haben wir dann in Deutschland meist eine Ueberproduktion an Gemüse. Von der Gemüseeinfuhr des Jahres 1929 in Höhe von 143 Millionen RM. entfielen etwa 52 Millionen RM. auf die Einfuhr von Treibgemüse. Das dann einsetzende Absinken der Gemüseeinfuhr auf nur noch 88,5 Millionen RM. im Jahre 1931 ist überdies mehr auf die fallenden Preise als auf den mengenmäßigen Rückgang zurückzuführen.

In der Beispielswirtschaft in Hattingen wurde durch frühzeitigen Heizungsbeginn bereits im Dezember die Möglichkeit geschaffen, Treibgurken, Radieschen, Treibkohlrabie und vor allem Rübstiel so frühzeitig zu kultivieren, daß sie bereits von Anfang März ab auf den Markt gebracht werden konnten und flotten Absatz fanden, zumal deutsche Produkte gern bevorzugt werden. Dabei hat sich die Kennzeichnung der Gurken als deutsches Erzeugnis durch entsprechende Banderolen als sehr wirkungsvoll erwiesen. Auch Treibrhabarber und Chicoree wurden in kleinem Umfang kultiviert und bereits im Januar und Februar ebenfalls glatt abgesetzt. Die Lieferung von Treibsalat wird ab Ostern möglich sein. Wichtig ist die frühzeitige Pflanzenzucht, damit andere Frühgemüsebauer, die ihre Häuser später in Betrieb nehmen, frühzeitig mit Gurken- und Thomatenpflanzen beliefert werden können.

Außerordentlich wichtig für eine zweckvolle Förderung des Gemüsebaues ist die Schulung und Ausbildung des Gemüsebauers und vor allem des jungen Nachwuchses. Hierzu bietet die mit der Beispielswirtschaft verbundene Gemüsebauschule Gelegenheit, die in dreijährigem praktischen und theoretischen Lehrgang dem jungen Gemüsebauer alle erforderlichen Kenntnisse vermittelt. Wenn es gelingt, die Belastung der Frühgemüsebaubetriebe durch eine vernünftige Regelung des Amortisations- und Zinsendienstes so zu verringern, daß sie tragbar bleiben, wenn die Baukosten für neue Glashäuser entsprechend niedrig gehalten werden und die Fachkenntnisse der Besitzer gefördert werden und mit der Zeit auch die Kaufkraft des deutschen Volkes sich steigert, kann man die Hoffnung haben, daß auch in Deutschland der so dringend notwendige Gemüsebau rentabel wird und darüber hinaus sogar weitere Existenzmöglichkeiten ähnlicher Art neugeschaffen werden können. Zu begrüßen ist es jedenfalls, daß schon jetzt die Tilgungsraten für die aus der werteschaffenden Arbeitslosenfürsorge bezuschußten Glashausanlagen des Ruhrgebietes bis zum Ende des Jahres 1934 ausgesetzt und daß der Amortisationssatz von 3 auf 2 Prozent bei einem Zinssatz von 4 Prozent herabgesetzt worden ist.

Katholische Kaufmannsjugend ist national.

Vaterländische Kundgebung des Westfalen-Nordgaues des Jung-KKV.

□ **Münster,** 2. April 1933.

Die katholische deutsche Kaufmannsjugend des westfälischen Nordgaues, die zusammengeschlossen ist im Jung-KKV., hielt anläßlich ihres Gautages am Sonntag im Gesellenhaussaale eine schlichte Weihestunde, zu der recht zahlreich aus dem nordwestfälischen Gau die Mitglieder erschienen waren. Am Morgen fand in der Aegidiikirche eine Gemeinschaftsmesse statt, in der Gaupräses Religionslehrer Friedrichs die Festpredigt hielt. In geschlossenem Zuge ging es dann mit den Wimpeln und Fahnen zum Gesellenhaus, wo um 11 Uhr eine große

Vaterländische Kundgebung der katholischen Kaufmannsjugend

unter der Devise „Die katholische Kaufmannsjugend ist vaterländisch bis ins Mark" stattfand.

Nach dem Einmarsch der Fahnen unter den Klängen eines Marsches und nach einem Sprechchor nahm das Wort zu seiner Begrüßung

Gauführer Paul Wemhoff.

Er gab seiner Freude über den stattlichen Besuch der Tagung Ausdruck und entbot allen Jung-KKVern ein herzliches Willkommen. Ein besonderes Wort der Begrüßung widmete er den Vertretern der Behörden, der Geistlichkeit und der Schulen, Oberpräsident z. D. Gronowski, Generalpräses Albrod, Dr. Veen, Stadtschulrat Linneborn, Direktor Heckenkamp. Unter den zahlreichen Anwesenden bemerkte man auch den Führer der Katholischen Liga, Kaufmann H. Kassing. Nach einem gemeinsamen Liede rief

Generalpräses Albrod, Essen

zur vaterländischen Tat. Nicht nur um frohe Gemeinschaft zu pflegen und zu erleben, sei man heute zusammengekommen, sondern um zu überlegen, wie man seine Arbeit innerhalb des Gaues für die kommende Zeit und für diesen Sommer einstellen und einrichten solle. Ein neues Streben nach nationaler Gesinnung sei im deutschen Volke erwacht. Diesem Streben nach Freiheit und Wohlstand, nach Frieden und einer neuen Weltgeltung für alle Bevölkerungsschichten versage die katholische Kaufmannsjugend nicht ihre Mitarbeit, weil dieser neue Wille im Bundesgesetz festgelegt sei, weil es sich hier letztlich um eine katholische Tat handele, die aus katholischem Gedanken und katholischer Ideenwelt erwachsen ist. In diesem neuen Willen des Volkes lebt etwas, das sich gegen die Proletarisierung der Massen wendet, etwas, das die Einzelpersönlichkeit wieder zur Entfaltung eigener Kraft antreibt.

Die katholische Kaufmannsjugend bejaht diesen neuen Willen, der eine Entproletarisierung und eine Betonung der Persönlichkeit erstrebt.

Das deutsche Volk muß wieder einig werden, sich in einer Gemeinsamkeit zusammenfinden und sich über alle Unterschiedlichkeiten der Klassen und Stände hinweg die Hand reichen in dem einigen festen Willen zum Aufbau des Vaterlandes. Bei dieser Aufbauarbeit wird es keinen Kampf gegen die Kirche geben, wenn es den Katholiken gelingt, katholische Werte in das Volk zu tragen. Ob und inwieweit das gelingt, dafür tragen wir die Verantwortung.

Von den katholischen Werten darf nichts preisgegeben werden.

Die katholischen Grundsätze müssen verankert werden im deutschen Staatsleben und auf dieser Grundfeste fußend, arbeitet die katholische Jugend mit am Aufbau des deutschen Volkes, jederzeit bereit und willig. Die katholische Jugend reicht allen die Hand, die bereit sind, unter diesen Gesichtspunkten mitzuarbeiten am Aufbau des Vaterlandes.

Dann wandte sich der Redner der Bildungsarbeit in den katholischen Jugendverbänden zu, die heute wichtiger denn je sei und mit eiserner Energie durch nichts behindert werden dürfe. Man solle sich auf das besinnen, was deutsch wäre, solle die eindringliche Sprache der Geschichte des deutschen Volkes hören, denn ein organischer Aufbau sei nur möglich, wenn er in Verbindung mit der Vergangenheit stehe.

Wir als katholische Jugend stellen uns bewußt in dieses deutsche Volk hinein und sind bereit, diesem Volke zu dienen mit dem ganzen Ernst und der Hingabe unserer Arbeit und Kraft, und allen, die zu gemeinsamer Arbeit bereit sind, die Hand zu reichen, damit aus dem gemeinsamen Wollen und aus unserer Weltanschauung heraus ein neues Deutschland erstehe, das wirklich Frieden und Freiheit, Wohlstand und Weltgeltung auf dem großen Erdkreis hat und bekommt.

Reicher Beifall dankte dem Generalpräses für seine tiefen Worte.

Stürmisch begrüßt nahm dann

Oberpräsident z. D. Gronowski

das Wort zu seinen Ausführungen, in denen er die Jugend hinwies auf ihre

Pflichten gegenüber Eltern, Schule und Kirche.

Nach seiner Meinung würden Vater und Mutter mehr und mehr von der Jugend in den Hintergrund gedrängt. Sie seien die besten Freunde der Jugend, auch wenn es die Jugend oft nicht einsehen wollte. Führer und Berater zu schweren Zeiten seien aber neben dem Elternhaus Kirche und Schule.

„Völker vergehen, Throne stürzen zusammen, aber die Kirche Gottes bleibt ewig bestehen."

Dieses Wort werde immer seine Geltung behalten. Mit dem Wunsche, daß die katholische Jugend sich wieder ihrer besten Freunde, Berater und Führer bewußt werden möge, leitete er über zu dem zweiten Teil seiner Rede, der den deutschen Katholiken als guten Staatsbürgern gewidmet war. Wenn auch die Katholiken in Deutschland öfter als Staatsbürger zweiter oder dritter Rangstufe angesehen seien, so hätten sie sich von ihrer Pflicht, dem Volke und Vaterlande zu dienen, niemals abbringen lassen. Etwa 600 000 katholische Glaubensbrüder seien im Weltkriege für Deutschland gefallen. Da die Katholiken immer für Deutschlands Rechte eingetreten sind, haben sie ein Anrecht darauf, in gleichem Atemzuge mit denen an erster Stelle genannt zu werden, die gleiche oder ähnliche Opfer gebracht haben.

Thomas von Kempen hat einst folgende inhaltschweren Worte geprägt, die auch heute der katholischen Jugend ein Wegweiser in schweren Tagen sein sollen:

„Ein Leben ohne Kampf, ohne Arbeit und ohne Opfer ist ein minderwertiges Leben." Die katholische Jugend aber will kein minderwertiges Leben führen, sie will keine Opfer scheuen und mitarbeiten an Deutschlands Aufstieg.

Recht stürmischer Beifall bewies dem Redner, daß er die richtigen Worte für die Jugend gefunden hatte.

Gaupräses Religionslehrer Friedrichs

forderte in seinem Schlußwort die Jung-KKVer auf, mitzuarbeiten an dem Wohle Deutschlands und für die katholische Idee immer einzutreten. Er gedachte der Eltern, Führer und Berater der Jugend, der Kirche und der Schule, der Gefallenen des Weltkrieges. Zum Schluß brachte die Versammlung ein dreifaches Hoch auf der Reichspräsidenten und das deutsche Volk aus.

Kirchliches.

Exerzitien

in der Benediktinerabtei St. Josef, Gerleve b. Coesfeld: 1.—5. Mai für Jungfrauen, 8.—12. Mai für Frauen, 14.—19. Mai für Priester, 30. Mai bis 3. Juni für Männer, 12.—16. Juni für Kaufleute, 20.—24. Juni für Jungmänner. — Anmeldungen möge man richten an die Exerzitienleitung Gerleve, Coesfeld-Land.

Spiel und Sport.

Fußball-Weltmeisterschaft.

Vom 6.—15. Mai 1934.

Genf, 3. April.

Anläßlich des Länderspiels Schweiz—Italien trat am Sonntag der Vollzugsausschuß des Internationalen Fußballverbandes in Genf zu einer Sitzung zusammen. Die Beratungen wurden ausgefüllt von den Vorbereitungen für die Fußball-Weltmeisterschaft 1934. Es wurde dem italienischen Vorschlag zugestimmt, das Turnier in der Zeit vom 6.—15. Mai 1934 zu veranstalten. Dagegen wurden über den Austragungsplan noch keine Beschlüsse gefaßt. Inzwischen hat Peru als 31. Bewerber seine Meldung abgegeben, sodaß man angesichts des ausgezeichneten Nennungsergebnisses prüft, ob der Plan des italienischen Fußballverbandes, alle Spiele in Italien auszutragen, noch aufrecht erhalten werden kann. Die Entscheidung fällt endgültig bei der nächsten Tagung der FIFA am 22. April in Paris.

Wegen des Konflikts der südamerikanischen Fußballverbände von Argentinien und Uruguay teilt Dr. Buero mit, daß er nach seiner bevorstehenden Rückkehr in die Heimat sich für die Beilegung des Streites einsetzen werde.

Schmedes-Dortmund Deutscher Leichtgewichts-Meister.

Von 8 Titeln fallen 6 nach Westdeutschland.

Berlin, 3. April.

Die Endkämpfe um die Deutschen Amateurboxmeisterschaften gingen im Sportpalast vor nur 3500 Zuschauern vor sich. Der gebotene Sport war sehr gut, die Urteile waren gerecht. Die neuen Meister erhielten die schwarzweiß-rote Schleife mit Adler.

Im Fliegengewicht wurde der körperlich etwas unterlegene Berliner Weinhold von dem Elberfelder Spannagel sicher ausgepunktet.

Der Münchener Europameister Ziglarski war auch in seinem Meisterschaftskampf (Bantamgewicht) gegen Beck-Düsseldorf vom Pech verfolgt. Der technisch ausgezeichnete Rheinländer errang über den ziemlich unsauber boxenden und zum Schluß stark mitgenommenen Münchener einen klaren Punktsieg.

Im Leichtgewicht starteten mit dem Dortmunder Karl Schmedes (Boxsport 20) und dem Berliner Leopold zwei Ersatzleute im Endkampf. Schmedes glänzte in allen 3 Runden durch seine gute Technik und wußte seinem körperlich etwas schwächeren Gegner durch die hartschlagende Rechte Respekt einzuflößen. Schon in der ersten Runde erhielt der Berliner einen Volltreffer auf die Nase, der zur Folge hatte, daß Schmedes immer mehr in Vorteil kam und zum Schluß einen hohen Punktsieg zugesprochen bekam. In diesem Zusammenhang dürfte es interessieren, daß durch Schmedes zum 2. Male eine Boxmeisterschaft nach Dortmund fiel, nachdem vor genau 10 Jahren sein Entdecker und Lehrmeister, Erich Trippe den Titel im Bantamgewicht errungen hatte.

Im Federgewicht zeigte sich der Erfurter O. Kästner seinem Gegner Tröblinger-Speyer technisch klar überlegen. Er forcierte den Kampf bis zum Schluß, wobei sein hoher Punktsieg nie in Frage stand.

Im Halbschwergewicht schlug Kyfuß-Gevelsberg, der schon in der Vor- und Zwischenrunde großes Können zeigte, den Leipziger Pietsch.

Die weiteren Meister sind: Franz-Duisburg im Weltergewicht; Bernlöhr-Stuttgart im Mittelgewicht und Bosen-Köln im Schwergewicht.

Die Meisterschaften 1933 endeten mit einem unerwartet großen Erfolg für die westdeutschen Boxer, die von 8 Titeln sechs nach Westfalen und dem Rheinland entführten. Berlin ging ganz leer aus, während Süddeutschland und Mitteldeutschland nur je eine Meisterschaft erhielten.

Handel und Wirtschaft.

Berliner Börse.

© **Berlin**, 3. April.

Nach einem bereits zuversichtlichen Vormittagsverkehr lag die heutige Börseneröffnung kursmäßig sehr uneinheitlich, stimmungsmäßig aber durchaus freundlich. Die teilweise recht beträchtlichen Steigerungen vom Sonnabend hatten beim Publikum noch limitierte Verkaufsaufträge ausgelöst, andererseits bestand aber

auf Grund günstiger Wirtschaftsnachrichten infolge der innerpolitischen Beruhigung neues Kaufinteresse der Kundschaft.

Verschiedene Werte erschienen mit Plus-Plus-Zeichen, so z. B. AG. für Verkehrswesen, Allgemeine Lokalbahn, Schultheiß, Ilse Genuß, Junghans und Leopold Grube. Bei den Papieren, die am Sonnabend nicht zur Notiz gekommen waren, ergaben sich gegen die Freitagkurse naturgemäß stärkere Gewinne. So lagen Goldschmidt 6¾% und Schuckert 9⅜% höher.

Größeres Interesse lenkten Reichsbankanteile auf sich, bei denen die bevorstehende Generalversammlung anregte.

Schubert und Salzer gewannen bei kleinsten Umsätzen 5%, während die 2½%ige Steigerung in IG.-Farben bei einem Umsatz von 120 Mille zustande kam. Demgegenüber sind Rheinstahl mit einem Kursverlust von 4¾%, Elektrische Lieferungen mit einem solchen von 4½%, RWE mit minus 3%, Süddeutsche Zucker mit minus 4¾%, Miag mit minus 2¼% und Chadeaktien mit minus 4 Mark zu nennen. Von unnotierten Werten zeichneten sich Junkers und Holzmann durch feste Haltung aus. Das Geschäft war aber auf allen Marktgebieten verhältnismäßig klein. Auch am Rentenmarkt hielten sich die Umsätze in engen Grenzen. Reichsbahnvorzugsaktien gewannen ½%. Reichsschuldbuchforderungen wurden ca. 1% über Sonnabend gehandelt. Von Auslandsrenten setzten Lissaboner Stadtanleihe ihre Abwärtsbewegung um 1% auf 32½% fort. Auch die Schwankungen des Verlaufs waren an den Aktienmärkten klein. Der Grundton blieb durchaus freundlich.

Der Reichsbankausweis zum Quartalsultimo brachte keine besonderen Ueberraschungen. Allerdings verringerte sich die Deckung auf 23,7 nach 26,6%, da sich die Bestände an Gold und Devisen in der letzten Woche des März um 13,7 Millionen vermindert haben.

Am Geldmarkt war immer noch keine weitere Entspannung festzustellen. Der Tagesgeldsatz blieb mit 5%, für erste Adressen mit 4⅞% unverändert. Reichsschatzanweisungen werden weiter per 15. November ausgegeben, für Reichswechsel soll heute eine neue Tranche per 5. Juli aufgelegt werden.

Reichsbankausweis vom 31. März.

Berlin, 3. April.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. März 1933 hat sich in der Ultimowoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 471,4 Millionen auf 3426,7 Millionen RM. erhöht. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 310,3 Millionen auf 2762,5 Millionen RM., die Bestände an Reichsschatzwechseln um 34,2 Millionen auf 52,6 Millionen RM., die Lombardbestände um 126,7 Millionen auf 210,3 Millionen RM. und die Effektenbestände um 0,2 Millionen auf 401,3 Millionen RM. zugenommen.

Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen betrug am Ultimo 23,7% gegen 26,6% am 23. März d. J. Nach Abzug der bestehenden kurzfristigen Devisenverpflichtungen in Höhe von insgesamt 115 Millionen Dollar stellt sich die Deckung auf 10,0% gegen 11,4% am Ende der Vorwoche.

Richtlinien für den Futterbau.

× **Berlin**, 3. April.

Die grundlegende Neuordnung der Fettwirtschaft durch die Reichsregierung eröffnet der deutschen Landwirtschaft nicht nur bessere Aussichten für den Absatz der bäuerlichen Edelprodukte in der Zukunft, sondern sie stellt auch gleichzeitig die agrarische Produktion vor große Aufgaben, die im Interesse der Nation und des Einzelnen gelöst werden müssen. Ziel des umfassenden Gesetzwerkes ist nicht nur die allmähliche Erringung der Unabhängigkeit Deutschlands in der Fettversorgung. Es gilt auch die deutsche Viehwirtschaft in ihrem Futtermittelbedarf auf eigene Füße zu stellen. Dieser Aufgabe soll die Einbeziehung der Oelsaaten und Oelkuchen in das Maismonopol dienen.

Unter dem Vorbehalt der Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse kommen in ganz großen Zügen für den gesteigerten Anbau von Futtermitteln auf den verschiedenen Böden hauptsächlich folgende Pflanzen in Frage.

Auf leichteren Böden: Sonnenblumen für Silage, Sommergemenge von Hülsenfrüchten mit Getreide als Grünfutter bezw. zur Gärfutterbereitung, Lupinen als Gärfutterpflanze evtl. im Gemenge mit Hafer, Seradella und Topinambur als Grün- und Silagefutter, Grasklee für die nächsten Jahre evtl. auch Luzerne.

Auf mittleren Böden: Mais als Grünfutter und für Silage, Körner-Wicken-, Peluschken- und Erbsenbau evtl. im Gemenge mit Getreide (Hafer), Pferdebohnen im Gemenge mit Sommergetreide zur Einsäuerung, für die nächsten Jahre Kleegras, Luzernenbau.

Auf schweren Böden: Körnerhülsenfruchtbau, insbesondere Pferdebohnen und Hafer im Gemenge als Grünfutter und zur Silofutterbereitung.

Neben der Vermehrung der Futterflächen empfiehlt es sich, durch zweckmäßige Düngung die Erträge auf den vorhandenen Futterflächen — Wiesen, Weiden, Feldfutterbau — zu steigern.

Märkte.

Metalle.

Berlin, 3. April. Elektrolytkupfer (Warebars) 46,75 RM. für 100 kg netto cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam. Aluminium 98-99 kg Bl. 160, Aluminium t. Walz. o. Dr. 164, Reinnickel 98-99 kg 350, Antimon-Regulus 39—41, Silber in Barren 900 t 37—40,50.

Dortmunder Schlachtviehmarkt.

Dortmund, 3. April. Auftrieb: 722 Großvieh, hiervon 49 Ochsen, 123 Bullen, 474 Kühe, 14 Fresser, 625 Kälber, 19 Schafe, 2849 Schweine, 62 Färsen. Es kosteten: Ochsen: a) 30—33, b) —, c) 26—29, b) —, e) 23—25; Bullen: a) 27—30, b) 24—26, c) 21—23; Kühe: a) 27 bis 30, b) 24—26, c) 20—23, d) 16—19; Färsen: a) 30—32, b) 27—29, c) 24—26; Kälber: a) —, b) 41—44, c) 34 bis 40, d) 22—30; Schweine: a) —, b) 36—38, c) 35—39, d) 34—37, e) 32—35, f) —, g) 30—34. Marktverlauf: Großvieh sehr langsam, kleiner Ueberstand; Kälber langsam, geräumt; Schweine schlecht, Ueberstand.

Essener Schlachtviehmarkt.

◇ **Essen**, 3. April. Auftrieb: 390 Großvieh, hiervon 59 Ochsen, 135 Bullen, 160 Kühe, 40 Färsen, 6 Fresser, 657 Kälber, 3 Schafe, 2683 Schweine. Es kosteten: Ochsen: a) 32—34, b) —, c) 28—30, d) 25—27; Bullen: a) 29 bis 31, b) 26—28, c) 23—25; Kühe: a) 28—30, b) 25—27, c) 21—24, d) 16—20; Färsen: a) 31—33, b) 29—30; Kälber: a) 50—60, b) 38—43, c) 30—36, d) 20—28; Schafe: a)32—34; Schweine: a) 37—40, b) 38—40, c) 37—40, b) 35—37, e) 33—35, f) —, g) 29—35. Marktverlauf: Großvieh, Kälber, Schafe ruhig; Schweine schlecht.

Elberfelder Schlachtviehmarkt.

× **Elberfeld**, 3. April. Auftrieb: Großvieh 731, hiervon 258 Ochsen, 89 Bullen, 276 Kühe, 50 Fresser, 544 Kälber, 11 Schafe, 3022 Schweine, 58 Färsen. Es kosteten: Ochsen: a) 30—32, b) —, c) 27—29, d) —, e) 22—26; Bullen: a) 26—28, b) 22—25; Kühe: a) 26—28, b) 22 bis 25, c) 18—21, d) 12—17; Färsen: a) 30—32, b) 24—29; Fresser: 20—24; Kälber: a) —, b) 38—40, c) 30—37, d) 22—29; Schweine: a) 37—39, b) 37—39, c) 37—39, d) 35—36, e) 30—34, f) —, g) 30—34. Marktverlauf: In allen Gattungen langsam.

Kölner Schlachtviehmarkt.

× **Köln**, 3. April. Auftrieb: 1172 Großvieh, hiervon 307 Ochsen, 156 Bullen, 627 Kühe, 59 Färsen, 23 Fresser, 1382 Kälber, 42 Schafe, 5696 Schweine. Es kosteten: Ochsen: a) 30—33, b) 26—29, c) 26—29, d) 22—25; Bullen: a) 27—30, b) 23—26; Kühe: a) 26—29, b) 22 bis 25, c) 17—21; Färsen: a) 28—32, b) 25—27; Fresser: 20—26; Kälber: a) —, b) 37—42, c) 30—36, d) 20—28; Schweine: a) —, b) 35—39, c) 35—39, d) 33—36, e) 31 bis 34, f) — g) 28—33. Marktverlauf: Großvieh langsam, beste Tiere auch noch höher bezahlt; Kälber und Schafe sehr ruhig; Schweine sehr schlecht.

Duisburger Produktenmarkt.

× **Duisburg**, 3. April. Ostseehafer 15,60, süddtsch. Hafer 15,25—15,75, pomm. Weissee Hafer 15,50—16, rhein. Hafer 15,40, inl. Gerste 18,75—19,50, ausl. Weizen 23,50 bis 24,50, ausl. Roggen 18,75—19, Plata-Mais 21,50, Plata-Cinquantino-Mais 23,50—24, Weizenmehl Grundpreis 97% 28—28,50, Weizenmehl Grundpreis 70-30% 28,50—29, Roggenmehl Konzern 24,25—25,75, Roggenmehl Ostmühlen 22,75—23,25, Weizenkleie 7,75—8,75, Weizenbollmehl 9,75—10,25, Roggenkleie 7,75—8,50, Steffens Zuckerschnitzel 9,50—9,75. Tendenz: ruhig.

Berliner Produktenbörse.

● **Berlin**, 3. April. Obwohl der Besuch der Produktenbörse heute wieder normal war, blieb die Umsatztätigkeit außerordentlich gering. Es zeigte sich ziemlich starke Zurückhaltung, da man offenbar erst die weitere Entwicklung abwarten will und infolgedessen Engagements auf längere Sicht vermeidet. Das inländische Offertenmaterial bleibt außerdem klein und die Preise waren gut behauptet. Am Prompt- und Lieferungsmarkte wurden etwa Sonnabendpreise gezahlt, wobei der Hauptteil des Offertenmaterials von der Staatlichen Gesellschaft übernommen wurde; Notierungen für die Julisichten kamen mangels Interesse zunächst nicht zustande. Weizen- und Roggenmehle hatten kleines Bedarfsgeschäft. Hafer und Gerste unverändert ruhig.

	3. 4. Brief	3. 4. Geld	3. 4. bezahlt	1. 4. Brief	1. 4. Geld	1. 4. bezahlt
loko	7.60			7.49		
Mai	7.26	7.21	7.24	7.17	7.16	—
Juli	7.38	7.35	—	7.31	7.28	—
Oktober	7.57	7.55	7.56	7.49	7.46	—
Dezember	7.69	7.68	7.69	7.60	7.59	7.59
Januar	7.75	7.74	7.75	7.67	7.65	—
März	7.88	7.84	—	7.80	7.78	—

Tendenz: ruhig

Liverpool: Baumwolle

	3. 4.	1. 4.		3. 4.	1. 4.
loko	5.16	5.06	Januar	5.01	4.93
April	4.92	4.84	Februar	5.03	4.94
Mai	4.93	4.85	März	5.05	4.96
Juni	4.93	4.85	April	5.06	4.97
Juli	4.93	4.86	Mai	5.07	4.99
August	4.94	4.87	Juli	5.10	5.02
September	4.95	4.88	Oktober	5.13	5.05
Oktober	4.97	4.89	Januar	5.18	5.10
November	4.98	4.90	März	5.21	5.14
Dezember	5.00	4.92			

	3. 4.	1. 4.
Tagesimport	—	—
Tageslokoverkäufe	—	—
Exportverkäufe	—	—
Aegypt. Upper F. G. fair loko	—	—

Tendenz: stetig

Liverpool: Ostindische Baumwolle

	3. 4.	1. 4.
Loco Surtes F. G.	4.61	4.53
„ Broach F. G. (Good Staple)	4.30	4.22
„ M. G. Punjab/American F. G.	4.33	4.25
„ Centr. Provinces Comra Nr. 1	4.46	4.38
„ Bengal F. G.	3.72	3.64
„ Bengal Superfine	3.92	3.84
„ Sind F. G.	3.72	3.64
„ Sind Superfine	3.92	3.84

New Orleans: Baumwolle

	3. 4.	1. 4.		3. 4.	1. 4.
loco	6.26	6.33	Dezember	6.78	6.83—84
Mai	6.26—28	6.32—33	Januar	6.84	6.88
Juli	6.43	6.48	März	6.86	6.88
Oktober	6.64—66	6.70—71	Tendenz: stetig		

New York: Baumwolle

	3. 4.	1. 4.		3. 4.	1. 4.
loco	6.40	6.40	Oktober	6.69—71	6.70—71
April	6.23	6.26	November	6.75	6.77
Mai	6.30—32	6.34	Dezember	6.82—83	6.85
Juni	6.38	6.42	Januar	6.87	6.91
Juli	6.47—48	6.50—51	Februar	6.94	6.97
August	6.54	6.57	März	7.02	7.04
September	6.61	6.63	Tendenz: stetig		

Geschätzte Totalzufuhren	—
Baumwollzufuhr in Atlantischen Häfen	1000
Baumwollzufuhr in Golf Häfen	7000
Zufuhren in Pacific Häfen	1000
Export nach England	3000
Export nach dem übrigen Kontinent	26000
Export nach Japan und China	7000
Fracht n. Liverpool f. stark gepr. Ballen	—
Fracht für Standard	—
Export n. Kanada u. Mexiko	208

Amtl. Produktennotierungen in Berlin am 3. April 1933.

(Getreide und Oelsaaten per 1000 kg, sonst per 100 kg.)

	3. 4.	1. 4.		3. 4.	1. 4.
Weizen märk. neue Ernte	196—198	196—198	Weizenmehl	23—26.9	23—26.9
Mai	211—210½	211½—211	Tendenz:	still	ruhig
Juli	214½	216—215	Roggenmehl	20½—22.6	20.5—22.6
Tendenz:	ruhig	ruhig	Tendenz:	still	ruhig
Roggen märk. neue Ernte	155—157	155—157	Weizenkleie	8.4—8.9	8.4—8.9
Mai	169½—69½	169¾—69½	Tendenz:	still	ruhig
Juli	170	170—170	Roggenkleie	8¾—9	8¾—9
Tendenz:	ruhig	ruhig	Tendenz:	still	ruhig
Gerste			Raps	—	—
Braugerste	172—180	172—180	Tendenz:		
Futtergerste	163—171	163—171	Leinsaat	—	—
Wintergerste	—	—	Tendenz:		
Tendenz:	sehr ruhig	still	Viktoriaerbs.	20½—23½	20½—23½
Hafer märk.	123—126	123—126	kl. Speiseerbs.	19—21	19—21
Mai	—	—	Futtererbsen	13—15	13—15
Juli	—	—	Peluschken	13—14	13—14
			Ackerbohnen	12½—14½	12½—14½
			Wicken	14—15	14—15
			Lupinen blau	9¼—10½	9¼—10½
			gelbe	12¾—13¼	12½—13¾
			Seradella alt	—	—
			neu	17—21½	17—21¼
			Rapskuchen	—	—
Tendenz:	ruhig	ruhig	Leinkuchen	10.5	10.5
			Trockenschn.	8.6	8.6
Mais Waggon frei ab Hamburg	—	—	Soyabohnen ab Hamb.	9.0	9.0
			Soyabohnen ab Stettin	10.1	10.1
Tendenz:			Kartoffelflock.	14.3—14.7	14.3—14.7

Speisekartoffeln, weiße	—
Speisekartoffeln, rote	—
Odenwälder, blaue	—
Andere gelbfleischige	1.15—1.30

Weizenausfuhrscheine	per Apr = 142½ Brief	
Weizenausfuhrscheine	per Mai 143½ Brief	
Roggenausfuhrscheine	108 Brief	107 Geld
Gerstebezugsscheine	—	
Maisbezugsscheine	102½ Brief	101 Geld
Maisbezugsscheine	—	

Geschäftliches.

Zu Ostern,

zur Kommunion, zur Hochzeit, zu jedem Feiertage und Familienfeste bietet Ihnen das bekannte Uhrenhaus Fritz Heinecke, Braunschweig, Geysostraße 3, Gelegenheit, Ihren Lieben und sonstigen Bekannten durch ein geeignetes Geschenk eine sinnige und dauernde Freude zu bereiten. Verlangen Sie noch heute den reich illustrierten Katalog, der Ihnen Aufschluß gibt über die ganz bedeutend herabgesetzten Preise und das reichhaltige Lager in Uhren, Gold- und Silberwaren und sonstige Wert- und Gebrauchsgegenstände. Die Zusendung des Katalogs erfolgt kostenlos und ohne jede Verbindlichkeit.

Ostern in Holland!

Eine zweitägige Osterfahrt nach Holland zur herrlichen Frühtulpenblüte veranstaltet am 1. Ostertage das bekannte Reisebüro E. Wendel GmbH., Münster, mit dem modernen Aussichtswagen. Abfahrt morgens 7 Uhr ab Hauptbahnhof beim Hotel Continental über Burgsteinfurt, Enschede, Deventer. Dortselb kleine Besichtigungs- und Frühstückspause. Weiterfahrt zu der Hauptstadt Amsterdam, Ankunft gegen 2 Uhr. Mittagessen. Nachmittags Stadtbesichtigungsfahrt. Fahrt entweder in die herrlichen Tulpenfelder bei Haarlem oder Besuch des weltberühmten Zoo. Besuch des prächtigen Cafés auf der Kalverstraat. Am 2. Tag, 8,30 Uhr, weitere Besichtigungsfahrt durch Amsterdam. Besuch des weltberühmten Reichsmuseums. Ankunft in Münster so rechtzeitig, daß die Abendzüge nach allen Richtungen noch erreicht werden können (gegen 23 Uhr). Preis der Reise 43,50 Mk., einschl. Autofahrt Münster—Münster, Unterkunft und Verpflegung in erstklassigem Hotel, Trinkgelder und Führung. Die Verpflegung beginnt mit dem Mittagessen am ersten Tage und endigt mit dem Mittagessen am zweiten Tage. Für die Reise ist der deutsche Reisepaß erforderlich oder Eintragung in die Sammelpaßliste. Anmeldungen spätestens 5 Tage vor Beginn der Reise (wegen Platzreserwierung) unter Anzahlung von 10 Mk. beim Reisebüro E. Wendel GmbH., Münster, Salzstraße 38a, Tel. 25885, oder dessen Vertretung an allen größeren Plätzen.

Verantwortlich: für Politik Chefredakteur Dr. Karl Mader, für Feuilleton Peter Schaub, für Westdeutschland F. W. Schulze, für Handel und Sport Dr. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. Verl. Red.: Dr. G. Häfner, Berlin-Lichterfelde.

Holzfrachten sind zu hoch.

Forderungen der Forstwirtschaft.

Die Forstwirtschaft leidet wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig unter dem Mißverhältnis zwischen dem Wert ihrer Erzeugnisse und den Frachtsätzen für deren Eisenbahntransport. Einmal sind die Rundholzpreise weit unter das allgemeine Preisniveau gesunken, nämlich auf 50—60 Proz. der Vorkriegspreise, andererseits haben sich die Eisenbahnfrachtsätze für Holz gegenüber 1913 um 40, 50, teilweise sogar bis über 70 Proz. erhöht. Namentlich seit Einführung des Staffeltarifsystems am 1. Dezember 1920 verschlechterte sich die Tariflage für Holz ganz außerordentlich, weil bei der Staffelung die für den Holztransport fast ausschließlich in Betracht kommenden Nahentfernungen bis 300 Kilometer relativ stark belastet wurden. Infolgedessen sind die heutigen Frachtsätze, selbst wenn das Holzpreisniveau der Vorkriegszeit wieder erreicht werden sollte, noch unerträglich hoch. Das Frachtproblem ist für die Forstwirtschaft geradezu zur Lebensfrage geworden.

In dieser Erkenntnis hat der Reichsforstwirtschaftsrat auf Grund einer Entschließung seines Holzhandelsausschusses dieser Tage eine ausführliche Denkschrift an die Reichsbahn-Hauptverwaltung gerichtet und darin seine Forderungen auf Neugestaltung der Reichsbahntarife für Holz eingehend begründet. Der Reichsforstwirtschaftsrat beantragt die Wiederherstellung der vorkriegszeitlichen Tariflage möglichst unter einer Umgestaltung der Frachttarife für Holz, wie sie die Eigenart der Forst- und Holzwirtschaft erfordert. Wenn trotz aller dagegen sprechenden Bedenken an dem Prinzip des Staffeltarifsystems auch für Holz festgehalten werden soll, dann müßten die jetzigen Frachtsätze der Regeltarife und des Schnittholzausnahmetarifs um durchschnittlich 35 Proz gesenkt werden. Ferner weist der Reichsforstwirtschaftsrat auf die Notwendigkeit einer angemessenen Spannung zwischen dem Schnittholz- und dem Stammholz-Tarif hin. Er fordert außerdem die Aufhebung der Durchfuhr-Ausnahmetarife.

In der Begründung wird neben den allgemeinen Gesichtspunkten zur Lage der Forstwirtschaft die Tariflage für jedes einzelne Sortiment, Stammholz, Schnittholz, Papierholz, Grubenholz, Schwellen und Brennholz, jetzt und vor dem Kriege dargestellt. Aus dem beigebrachten Zahlenmaterial geht u. a. hervor: Fichten-Stammholz trägt jetzt in Prozenten des Waldpreises eine etwa dreimal so hohe Frachtbelastung wie vor dem Kriege; für den Schnittholz-Transport (1931 = 2,9 Mill. To.) nahm die Reichsbahn 1931 13,23 Mill. mehr ein, als sie für die gleiche Transportleistung nach den Tarifsätzen von 1913 vereinnahmt hätte; Papierholz konnte 1913 bei gleicher prozentualer Frachtbelastung 300 Kilometer weit verfrachtet werden gegen 100 Kilometer heute, bezw. 500 Kilometer gegen 200 Kilometer oder 900 Kilometer gegen 300 Kilometer; eine Wagenladung (15 To.) Brennholz kostet heute auf 100 Kilometer Entfernung 72 Mark Fracht, 1913 nach dem Rohstofftarif 44 Mark.

Gewisser Optimismus auf dem Eisenausfuhrmarkt.

Japan nach wie vor der Großabnehmer.

Ueber den Eisenausfuhrhandel wird aus Hamburg geschrieben:

Ungünstig beeinflußt wurde die Marktlage durch die noch immer sich hinschleppenden Verhandlungen über die Erneuerung der IAG. Eine weitere Unsicherheit brachte die Entwicklung des Dollars mit sich, da zeitweilig die Lieferanten in dieser Währung überhaupt nicht mehr verkaufen wollten. Wenn trotzdem sich jetzt wieder bei einem Teil der großen Hamburger Häuser ein gewisser Optimismus bemerkbar macht, so deshalb, weil die Kauffähigkeit Japans seit Mitte März eine erneute Steigerung zeigt und überdies Hoffnungen auf das Russengeschäft bestehen.

Die ungewisse Entwicklung zeigt sich besonders in Stabeisen, das innerhalb von vierzehn Tagen um 5/. also auf 28 /. zurückging, aber jetzt wegen der erneuten Nachfrage aus Ostasien, Skandinavien und Holland wieder auf 28 /. anziehen konnte. Eine ganz erhebliche Befestigung zeigten die Grobblechpreise, die wegen sehr umfangreicher ostasiatischer Käufe auf 38 /. fob stiegen. Da infolge des Ausfalls der deutschen Werke als Lieferanten hauptsächlich nur die belgischen Werke in Frage kommen, werden für neue Bestellungen Lieferfristen bis zu 15 Wochen beansprucht. In Halbzeug konnten sich die Preise trotz des kleinen Geschäfts halten. Auch war es dem internationalen Drahtverband möglich, in bestimmten Absatzgebieten die Preise noch zu erhöhen. Der englische Wettbewerb ist im Drahtgeschäft wegen der festern Tendenz des Pfundes, die japanische Konkurrenz wegen übergroßer Nachfrage im eigenen Land noch weniger fühlbar als vor Monatsfrist.

Die hauptsächlichsten Ueberseemärkte liegen ziemlich still. Nach wie vor lauten die Nachrichten aus Südamerika recht ungünstig, wenn auch festgestellt werden muß, daß neben Argentinien, das schon im Februar Bedarf zeigte, jetzt auch Brasilien ansehnliche Bestellungen nach Europa legen konnte. Hierbei muß unterstrichen werden, daß gerade Hamburger Spezialfirmen in den letzten Tagen von beiden Ländern erhebliche Aufträge erhielten. Ganz versagt Südafrika. Das nordamerikanische Gebiet, mit dem in den Vormonaten immerhin noch gerechnet werden wurde, hat sich von der Bankenkrise noch immer nicht erholt und hält mit Bestellungen zurück. Japan bleibt nach wie vor Großabnehmer, vor allem in Grobblechen und Stabeisen, während China jetzt besonders in Drähten starken Bedarf zeigt. Nachdem in Indien für englisches Material der Vorzugszoll in Kraft getreten ist, fehlt nunmehr aus diesem Gebiet jegliche Anregung.

Die weitere Entwicklung der Eisenausfuhr ist um so schwieriger zu beurteilen, als die Bestellungen aus den skandinavischen Ländern und aus Holland — hier mit Ausnahme von Stabeisen — auch nicht annähernd den erwarteten Umfang erreicht haben.

Wetterbericht.

)(**Essen**, 4. April. (Eig. Drahtb.)

Das vom nordatlantischen Ozean heranrückende Tief beeinflußte die Witterung in Mitteleuropa durch leichte Landregenfälle. In Westdeutschland ließen diese in den späten Nachmittagsstunden nach. Zur Aufheiterung kam es aber bei der starken Durchfeuchtung noch nicht. Weitere Fronten vom Westen her sind zunächst nicht erkennbar, sodaß zunächst mit weniger Regen und Bewölkung zu rechnen ist. Da das nach Osten abziehende Tief aber im Nordseegebiet leicht Veranlassung zu Störungen gibt, ist mit seiner Einwirkung weiterhin, wenn auch abgeschwächt, zu rechnen.

Vorhersage für Dienstag:

Vorübergehend noch Regen, meist aber bewölkt bis heiter. Bei südwestlichen bis westlichen Winden Temperatur wenig geändert. — Wahrscheinliche Weiterentwicklung: Fortdauer des unbeständigen und zeitweise regnerischen Wetters, ziemlich mild.

Borken i. W.
Am **Dienstag**, den 4. April 1933,
Pferde-, Rindvieh- u. Schweinemarkt
sowie Krammarkt.
1522] Der Magistrat.

Billige Barkredite
von Mk 100.— an. Nach Tarif „S" nur 40 Tage Sperrfrist. Beratung u. Vertreterbesuch kostenlos. Schriftl. Anfrag., Rückp. erb. „Ruhr-Kredit" Gesellschaft m. b. H. Bezirksdirektion: Wilh. Achterholt, Münster i. W., Bolandsgasse 41. Seriöse Herren als Vermittler (auch nebenberuflich) gesucht. [1448

Schlaflose Nächte?
Nervosität, nervöse Magenleiden sowie Schlaflosigkeit beseitigt in kurzer Zeit der natürl. aus Harzer Baldrian hergest., garantiert unschädliche Tora Baldrianwein.
Wirkt herz- und magenstärkend, sofort beruhigend, tausendfach bewährt.
In Flaschen zu 1,50 und ½ Flaschen zu 2,50 Mk.
TORA-HEILMITTEL-VERTRIEB DUISBURG 23c
Niederlagen: Terraha's Med.-Drog., Stadtlohn, Ochtrup, Dülmen, Gronau, Nordwalde, Vreden, Borghorst, in Rheine: Drog. Gesenw. Smits, in Emmerich: Drog. Hesselmann, in Ochtrup: Central-Drog. H. Rock, in Enschede: Drog. Schade - Terraha's Drogerie, in Münster: Drogerie Peters, Wolbecker Str. 130 - Drogerie Kousen, Maximilianstraße 4, in Dorsten: Westfalia-Drogerie Wilhelm Adrian, in Ahaus: Adler Drogerie „Haagen". Willy Seböning. [1 05

Darlehen und Hypotheken
erhalten Sie schnell u. reell. Keine Einzahlung. Beamten-Darlehen in 6 Tagen. Diskret! Wortmann, Dortmund, Kaiserstr 29. [646

Zeno-Arbeits- und Stellenmarkt

Angebote

Für Landwirtsch. kath. braves junges
Mädchen
gesucht. [1521
H. Hering, Landwirt, Hamern b. Billerbeck.

Wegen Verheiratg. d. jetzig. wird zum 15. 6. für Restauration und Haushalt (katholisch, Arbeitervereinshaus) ein ält., kath. ehrliches und selbständiges
Mädchen
gesucht. Angeb. m. Bild unter A G 322 an die Borkener Ztg., Borken.

Filialleiter oder Ehepaar
für Metzgereifiliale in Hiltrup gesucht.
Raase, Münster i. W., Ludgeristraße. [1526

Für größeren Haush. wird zu sofort eine kath.
Lehrköchin
gesucht, am liebsten v. Lande, schlichtumschlicht. Angeb unter A F 323 an die Borkener Ztg., Borken. [1524

Suche für sof. od. spät. für meinen landw. Betrieb, mehrere [1523
junge Leute
im Alter von 15—20 Jahren, als Landwirtschaftsgehilfen. Offert. unt. A 420 an d. Anz.-Verw. d. Zeno Münster.

Gesucht wird zu Ostern
Lehrling
für Metzgerei, 16—18 Jahre alt, mit Vorkenntnissen, fleißig u. ehrlich, aus nur guter Familie. [1528
Metzgerei Gebr. Lastbaus, Telgte i. Westf.

Welcher kath. musikbegabte [1519
Abiturient, Student od. Junglehrer
sucht für 1 Jahr oder länger Beschäftigung
als Praktikant
in westf. Fürst.-Erziehungsheim f. Knaben? Teilnahme am F. A. D. auf 20 Wochen möglich. Meld. mit Lebensl. unter A 421 an die Anz.-Verw. der Zeno, Münster i. W.

Gesuche

Kath. jung. Mädchen 22 Jahre, sucht
Stellung
zum 1. Mai für Küche und Haushalt. Näh. vorhanden. Gefl. Ang. erbet unt. N P 350 an die Halterner Zeitung, Haltern am See [1465

Wo fehlt der Mann oder männliche Hilfe? Alt, arbeitsfr. kath. Kaufmann, ledig, mit vielseitigen Kenntnissen, sucht Beschäftig. b. gute, desch. Ansprüchen. Auch ländl. Betriebe (eventl. Handlg. od. Wirtschaft) erwünscht, da selbst v. Lande, la. Referenz. u. 1000 Mk. Barkaution. Angeb. unt. A 422 an die Anz.-Verw. d. Zeno Münster. [1518

Vermischte Anzeigen

3-Zimmer-Wohnung
mit fließend. Wasser u. Vorraum mit Kochgasgelegenheit zum 15. 4. od. 1. 5. 33 zu vermieten. [1527
Raase, Münster i. W. Ludgeristraße.